bayerische schule

72. JAHRGANG # 2 2019 27. März

DAS MAGAZIN DES BLLV

Berufsbild Lehrer

Wie multiprofessionelle Kooperation gelingt

Wie Nutzerbeteiligung den Schulbau bereichert

BLLV

24

56

14

06 Bildungsticker

POLITIK

08 **Antrittsgespräch** Piazolo schätzt BLLV-Expertise
12 **Multiprofessionalität** Wie Kooperation gelingt
14 **Gymnasialreform** Warum man die 11. besser nicht überspringt
16 **Serie Bildungsfinanzierung II –** Individuelle Förderung
18 **Gespräche**
20 **Akzente** Für ein neues Professionenverständnis
22 **Landtag** Regierung will Kindertagesbetreuung verbessern

23 Cartoon

THEMA

24 **Lehrer heute** Statistische Annäherung an das Berufsbild
32 **Lehrer heute** Nürnberger Round-Table-Gespräch
40 **Leitartikel** Warum Lehrer Lehrer werden

SERVICE

42 **Dienstrecht** Koalition bekennt sich zum öffentlichen Dienst
44 **Dienstrecht** Angestellte der Länder verhandeln Tarife
46 **Recht** Schülerunterlagen in Zeiten des Datenschutzes
51 **Akademie** Programmvorschau April bis Juni

VERBAND

52 **Verbandsticker** 145.000 Euro für Kinderhaus in Peru
56 **Schulbau** Wie Nutzerbeteiligung funktioniert
62 **BallHelden**

67 Impressum

150.000

Stunden Unterricht …

… pro Woche wurden im vergangenen Schuljahr an den staatlichen Schulen in Bayern nicht planmäßig erteilt. Das sind 8,4 Prozent aller Unterrichtsstunden. 29.000 Stunden davon fielen ersatzlos aus, bei den restlichen 121.000 Stunden wurde der Ausfall formal abgewendet, etwa durch Vertretung oder indem die Klassen nicht plangemäß geteilt wurden. Über alle Schulen hinweg fielen 1,6 Prozent der Unterrichtsstunden ersatzlos aus. Am wenigsten betroffen waren die Förderzentren (0,7 Prozent), am meisten die Beruflichen Oberschulen (3,3). QUELLE: „Bayerns Schulen in Zahlen 2017/2018" und eigene Berechnungen **ws**

Was für ein Beruf

„Ich bin Lehrer geworden, weil …?“ – könnten Sie, sofern Sie Lehrer sind, diesen Satz ohne zu zögern fortsetzen? Es gibt sicher viele gute Gründe, auch heute noch Lehrer zu werden. Die Bilder in unserer Themenstrecke sprechen für sich: Wo sonst erlebt man so viele erfüllende Momente? So manche Statistik spricht jedoch eine andere Sprache: Wo sonst im öffentlichen Dienst wechseln so viele Menschen in den vorzeitigen Ruhestand?

Was es auf sich hat mit Freud und Leid unseres Berufsstandes, dieser Frage sind wir nachgegangen – wissenschaftlich (S. 24) und in einem Gespräch mit Menschen aus drei Generationen (S. 32). Gerhard Ruf, der Senior der Runde, ist 89 Jahre alt und hat den Weg von Weißenburg nach Nürnberg auf sich genommen, um im Lehrerheim des NLLV von einer Zeit zu erzählen, in der seinesgleichen für alle der „Herr Lehrer“ war. Er hat es mit leuchtenden Augen getan und mit Begeisterung in der Stimme.

Eine mitreißende Lektüre wünscht Ihnen Ihr

Sepp Hoffmann, Chefredakteur

Betr.: ACHTSAMKEIT
In der bs 6_2018 haben wir auf Seite 36 das von Dr. Vera Kaltwasser entwickelte Rahmencurriculum namens AISCHU als „Aufmerksamkeit in der Schule“ ausgeschrieben. Richtig muss es heißen: „Achtsamkeit in der Schule“. Als Reaktion auf die Reportage „Glitzer im Kopf“ (S. 24) erhielt die Achtsamkeitstrainerin Sabine Kunst (Coverfoto links) unter anderem diese Zuschrift: „Eine Kollegin hat (…) den Artikel gelesen und deinen „Glitzer im Kopf“ bei ihrer Klasse ausprobiert. Heute hat sie geweint, weil sie seit vier Tagen Ruhe im Klassenzimmer hat“.

Digitale Medien: Eltern bei Jugendschutz im Netz oft überfordert

Berlin (dpa) - Eltern stehen bei wachsender Nutzung digitaler Medien in der Familie nach Einschätzung des Deutschen Kinderhilfswerks den Risiken oftmals hilflos gegenüber. Es sei deshalb wichtig, sie nicht mit ihrer Verantwortung bei der Medienerziehung allein zu lassen, sagte Thomas Krüger, Präsident des gemeinnützigen Vereins zur Vorstellung einer Studie zu dem Thema. Es habe sich gezeigt, dass Eltern zwar bemüht seien, ihren Kindern einen sicheren Zugang zu Medien zu bieten. Die Erwachsenen seien aber oft selbst überfordert, wenn es etwa um die Nutzung von sozialen Netzwerken geht. Die Mitbestimmungsrechte der Kinder würden etwa auf Facebook, WhatsApp oder Snapchat zudem vielfach von den Eltern selbst nicht ausreichend beachtet. „Die Rechte von Kindern sind auch im digitalen Raum nicht verhandelbar", sagte Krüger. Eltern und Kinder müssten bei der kompetenten und kindgerechten Nutzung von Medien deshalb mehr unterstützt werden. Der Verein plädiert für einen modernen und ganzheitlichen Jugendmedienschutz, der ausdrücklich an der UN-Kinderrechtskonvention ausgerichtet ist. Es müsse verständliche und umsetzbare gesetzliche Vorgaben für die Erhebung, Verbreitung und Verarbeitung digitaler Daten geben.

Flüchtlingskinder haben schlechte Bildungschancen

München (bllv) - Die UN-Kulturorganisation UNESCO fordert, dass Flüchtlingskinder weltweit besser als bisher in die regulären Schulsysteme integriert werden. „Bildung muss inklusiv sein", sagte UNESCO-Generaldirektorin Audrey Azoulay. Demnach schaffen die meisten Regierungen in Krisenzeiten spezielle Bildungsangebote für Flüchtlinge und damit Parallelsysteme jenseits der nationalen Schulsysteme. Im deutschen Bildungssystem müsse einiges in diesem Bereich verbessert werden. In Deutschland besuchten einem aktuellen Bericht der UNESCO zufolge im vergangenen Jahr 30 Prozent der unbegleiteten Geflüchteten unter 16 Jahren und fast 85 Prozent der über 16-jährigen Geflüchteten Sonderklassen. „Das gemeinsame Lernen aller muss die nächste Aufgabe sein, der sich das Land stellt", heißt es in dem Bericht. Vor allem die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in den Zufluchtsländern müsse verbessert werden. Sie müsse sich neben der Digitalisierung auch daran orientieren, welche unterschiedlichen Voraussetzungen die Schülerinnen und Schüler haben.

Bayerische Hochschulen hinken bei digitaler Bildung hinterher

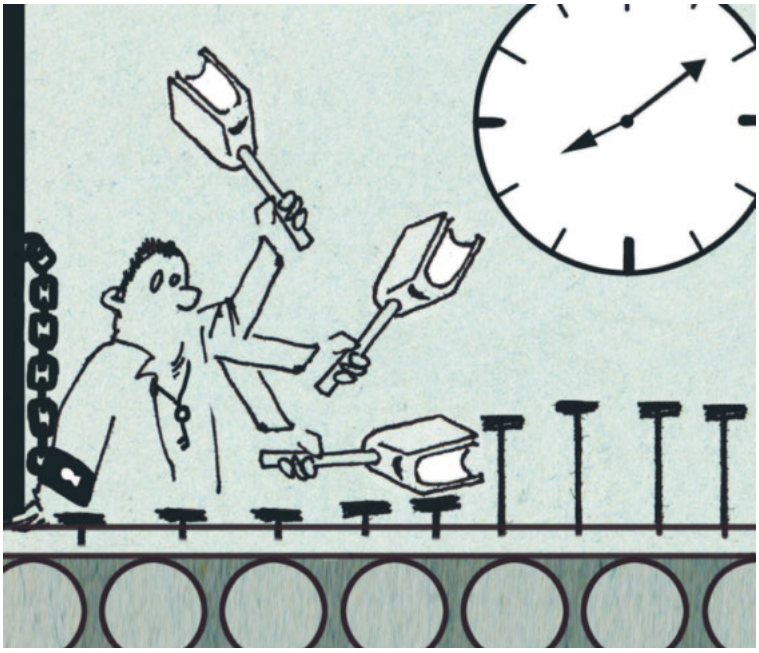
München (dpa/lby) - Die Möglichkeiten digitaler Medien werden an bayerischen Hochschulen noch nicht ausgeschöpft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität zur digitalen Bildung an den Universitäten und Hochschulen im Freistaat. Demnach mangelt es unter anderem an qualifizierten Lehrkräften. Außerdem gibt es zu wenige Gelegenheiten für Studierende, im Unterricht aktiv mit digitalen Medien zu arbeiten. Auftraggeber der Studie ist die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Die Erhebung legt offen, dass digitale Medien an den Hochschulen zwar in mehr als der Hälfte der Unterrichtszeit verwendet werden. Meist kommen sie jedoch nur zum Einsatz, um Inhalte etwa mit einem Beamer zu präsentieren. Für anspruchsvolle und aktive Aufgaben werden digitale Medien seltener eingesetzt. „Unsere Studie zeigt weiter, dass die Hochschulen kaum über Strategien zur digitalen Bildung verfügen", sagte vbw-Präsident Alfred Gaffal. Auch scheinen nicht alle Dozenten zu wissen, wie sie ihre Studenten mit digitalen Medien zum Lernen anregen können. Eine systematische Ausbildung im Bereich des digitalen Lehrens und Lernens findet an den bayerischen Hochschulen der Studie zufolge noch nicht statt.

Zahl der privaten Schulen in Deutschland stark gestiegen

Wiesbaden (dpa) - Das Interesse an privaten Schulen in Deutschland ist in den vergangenen 25 Jahren stark angewachsen. Im Schuljahr 2017/18 gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 5.839 Privatschulen – 81 Prozent mehr als im Schuljahr 1992/93. Damals waren es 3.232 allgemeinbildende und berufliche Privatschulen. Selbst als die Gesamtzahl aller Schulen Ende der 1990er Jahre wegen der drastisch gesunkenen Geburtenzahlen zurückging und sich zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2017 um 19 Prozent verringerte, erhöhte sich die Anzahl der Privatschulen im selben Zeitraum um 43 Prozent. Insgesamt besuchten 997.223 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2017/2018 eine private Schule.

Bundesagentur für Arbeit: 950 zusätzliche Berufsberater in Schulen

Nürnberg (dpa) - Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will vom kommenden Jahr an mehr als 950 zusätzliche Berufsberater in Schulen schicken. Sie sollen vor allem in den Oberstufen der Gymnasien beraten, sagte BA-Chef Detlef Scheele der Deutschen Presse-Agentur. Ziel sei es, verstärkt auch in Richtung Ausbildung zu beraten und damit den Blick auf das Berufswahlspektrum zu erweitern. Bisher entscheiden sich Abiturienten vor allem für ein Studium. Laut einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) bricht aber fast jeder dritte Bachelor-Student ab. Die BA will an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf möglichst wenige junge Menschen verlieren. Auch um Studien- und Ausbildungsabbrecher wolle man sich stärker kümmern. Die ersten Berufsberater können zu Schuljahresbeginn 2019/2020 an den Start gehen. Die neuen Kräfte sind auch für eine bessere Beratung von Achtklässlern gedacht – und deren Eltern.



OECD: Lehrer brauchen mehr Selbstbestimmung

Berlin (dpa) – OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher hat scharfe Kritik am deutschen Schulsystem geübt und mehr Selbstbestimmung für Lehrer gefordert. „In Deutschland ist der Schulbetrieb wie eine Fabrikhalle organisiert“, sagte Schleicher dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Die Lehrer werden viel zu oft wie Fließbandarbeiter behandelt, deren Meinung nicht gefragt ist.“ Auf der anderen Seite seien viele aber auch selbst zu fixiert darauf, „dass eine Vorgabe aus dem Ministerium kommt – oder ein neues Lehrbuch“. Jeder Lehrer sollte selbst so viel wie möglich darüber nachdenken, was der richtige Unterricht sei, um die Kinder auf die Welt von morgen vorzubereiten. Schleicher forderte zugleich mehr Kooperation: „Es muss Schluss mit dem Einzelkämpfertum in den Klassenräumen sein.“ Lehrer müssten viel mehr gemeinsam Unterricht vorbereiten und auf Plattformen gezielt Unterrichtskonzepte austauschen. Da seien andere Länder viel weiter. „In Deutschland ist der Lehrerberuf im internationalen Vergleich finanziell attraktiv, aber intellektuell zu unattraktiv“, sagte Schleicher. Das sei so, weil das Prinzip gelte: „Mach deine Klassentür zu und zieh den Lehrplan nach Vorschrift durch – Hauptsache, die Eltern beschweren sich nicht.“

Yasmin Yildiz*

Gutes Standing

Aus dem Bildungsexperten der Opposition wurde der Kultusminister. Und das Beste: Auch in seiner neuen Rolle schätzt Michael Piazolo die Expertise des BLLV. Gleich nach Amtsantritt bat er zum Austausch mit Präsidentin Simone Fleischmann. Die Liste der Themen war lang.

Schon im Bildungsausschuss haben der BLLV und Prof. Dr. Michael Piazolo den konstruktiven Dialog gepflegt. Dementsprechend gerne ist Simone Fleischmann als Präsidentin des BLLV der Einladung des neuen Staatsministers für Unterricht und Kultus zu einem Gespräch gleich nach Antritt seines Amtes gefolgt. Dieses konstruktive Verhältnis erleichtert den Dialog auch in schwierigen Zeiten: Der BLLV kann unter diesen positiven Voraussetzungen stets kritische Themen anbringen, die für die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort so wichtig sind.

So war also schon vor dem Antrittsgespräch im Dezember klar: Der stetige professionelle Austausch zwischen dem BLLV und dem Kultusministerium ist wegen der Themenfülle in der Bildungspolitik unabdingbar – und Piazolo wird ihn auch in seiner Funktion als Kultusminister weiterführen. Allein durch seine Erfahrung im Bildungsausschuss hat er Verständnis für zahlreiche Themenfelder im Bereich der Bildung. Und die Liste ist lang: >

*Mitarbeiterin im Parlamentsreferat

Besoldung – Die Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern habe im Koalitionsvertrag ganz bewusst keine einzelnen Schularten in den Fokus gerückt, stellte Piazolo gleich zu Beginn des Gesprächs klar. „Wir wollen niemanden bevorzugen", versicherte er, „alle Schularten sind wichtig". Die BLLV-Präsidentin stimmte dem zu, wies jedoch darauf hin, dass gerade angesichts dieser Haltung die unterschiedliche Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Mittelschulen im Vergleich mit anderen Schularten nicht nachzuvollziehen sei. Der Kultusminister versprach, dieses Thema im Auge zu behalten.

Aufgabenvielfalt – Gerade mit Blick auf die Zukunft der Bildung forderte die Präsidentin eine Diskussion über die Frage: „Was wird denn in zehn Jahren eigentlich Aufgabe von Schule sein?" Demokratieerziehung, Gesundheitserziehung, Sexualerziehung, Umwelterziehung, politische Bildung – all diese Aufgaben seien im Laufe der vergangenen Jahre hinzugekommen. Und die Gesellschaft fordere, dass die Schule immer noch mehr Aufgaben übernimmt. Diese Entwicklung beobachtet auch der Kultusminister. Er sagte, Schülerinnen und Schüler sollten sich in der Schule Alltagskompetenzen aneignen – um sogleich zuzugestehen: „Aber Schule ist nicht für alles da, sie kann nicht jedes Problem lösen."

Unterrichtsversorgung – Die BLLV-Präsidentin stellte klar, dass immer noch dringender Handlungsbedarf bestehe. Vor allem an den Grund- und Mittelschulen sei die Lage teilweise sehr angespannt. Erst einmal gehe es darum, schnell Abhilfe zu schaffen, man müsse sich aber schon grundsätzlich fragen, ob die Bildungsqualität auf Dauer überhaupt noch gewährleistet werden könne. Piazolo teilte diese Einschätzung und wünscht sich ebenfalls eine Verbesserung, der derzeitige Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen setze jedoch Grenzen.

Einschulungskorridor – Flexibilisierung und dezentrale Entscheidungen sind für den BLLV grundsätzlich in vielen Bereichen der Bildung wünschenswert, doch was den neuen Einschulungskorridor an den Schulen angeht, ist Simone Fleischmann kritisch. Ihn bereits zum kommenden Schuljahr einzuführen, sei überstürzt. Die BLLV-Präsidentin befürchtet, dass viele verunsicherte Eltern ihre Kinder lieber noch ein Jahr später einschulen, obwohl deren Entwicklungsstand die Einschulung sehr wohl zuließe. Es gebe bereits pädagogische Möglichkeiten, die man nutzen könne, sei es die flexible Einschulungsphase oder jahrgangsübergreifende Kombiklassen – dazu wäre die Grundschule in der Lage. Dem Kultusminister ist die Einführung des neuen Einschulungskorridors allerdings ein großes Anliegen. Dieser sei auch nicht die Ursache für die Verunsicherung der Eltern, vielmehr müsse man die Übergänge zwischen den Schularten „besser gestalten", damit Schule nicht nur im Sinne der Leistung und Notengebung betrachtet werde.

Islam – Der Islamische Unterricht müsse dort angeboten werden, wo er benötigt werde, erklärte die BLLV-Präsidentin. Wenn staatlich ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer Islamischen Unterricht übernähmen, beuge das einer Radikalisierung vor. Piazolo versprach, dieses Thema weiterhin zu verfolgen. Da der Modellversuch in Bayern im Juli endet, gebe es dringenden Handlungsbedarf, betonte Fleischmann. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass die bereits in Bayern ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen wegen fehlender Planungssicherheit in andere Bundesländer ziehen.

Gymnasium – Die BLLV-Präsidentin merkte an, dass Begriffe, die bei der Neu-Ausrichtung des Gymnasiums verwendet werden, Ähnlichkeiten zum „Modulsystem" des BLLV erkennen ließen. Nur fehle es noch an der pädagogischen Ausgestaltung, die eine große Flexibilität und Individualisierung für die Schülerinnen und Schüler erlaube.

Digitalisierung – „Wir als BLLV favorisieren einen ganzheitlichen Bildungsbegriff", betonte die Präsidentin, dementsprechend laute das Motto der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung (LDV) des BLLV Ende Mai in Würzburg „Herz. Kopf. Hand. – Bildung ist Zeit für Menschen". Digitalisierung sei selbstverständlich wichtig, aber nur als ein weiterer Baustein der Pädagogik. Piazolo stimmt mit dieser Position vollkommen überein. Er sagte: „Digitalisierung darf nicht zum Selbstzweck werden, wir müssen kritisch betrachten, ob sie einen Mehrwert bringt."

Der Kultusminister sagte zu, an der LDV teilzunehmen. So wird es den Delegierten des BLLV möglich sein, den Dialog mit ihm von Angesicht zu Angesicht aufzunehmen. Der persönliche Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Experten der Praxis – das betonte die Präsidentin einmal mehr – ist durch nichts zu ersetzen, wenn man die Bildungspolitik professionell und nachhaltig gestalten will. //

(Kommentar) **Simone Fleischmann**

Im Gespräch bleiben

Eine Koalition aus CSU und Freien Wählern; ein Kultusminister, der seit Jahrzehnten erstmals nicht von der CSU gestellt wird; ein Vorsitzender im Bildungsausschuss, der AfD-Mitglied ist – wir als BLLV beobachten all diese Entwicklungen selbstverständlich kritisch. Das können wir, weil wir parteipolitisch stets unabhängig waren und auch weiterhin sein werden. Es ging und geht uns immer um die bestmögliche Bildungspolitik, nicht um die Fraktionszugehörigkeit bestimmter Minister. Dennoch freuen wir uns, dass wir mit Michael Piazolo einen Kultusminister haben, mit dem wir bereits in seiner Funktion als Bildungsexperte der Freien Wähler einen sehr guten Dialog pflegten. Staatsminister Piazolo ist ein guter Zuhörer, dem stets daran gelegen ist, alle Argumente zu kennen, bevor er entscheidet. Wir, als Experten der Praxis, stehen wiederum stets für den Austausch zur Verfügung, um unsere Expertise einzubringen. Unsere Erfahrung zeigt: Bei allen Themen in der Bildungspolitik können wir auf ihn zugehen und sie mit ihm profund diskutieren. So muss Dialog aussehen.

Die Neutralität hört jedoch bei der Sache auf, denn die Expertise der Praxis erlaubt immer eine kritische, aber immer faire Beurteilung der jeweiligen Politik und ihrer handelnden Akteure. Denn wenn in der Gesellschaft eine Tendenz zur Unsachlichkeit und Verrohung kritisiert wird, müssen gerade wir als Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit der Politik Vorbilder sein. Nur im Dialog lassen sich die bestmöglichen Ergebnisse für die Bildung und uns Lehrerinnen und Lehrer erreichen. Wir gehen in den Dialog – auch weiterhin. Das macht uns aus! Wir bleiben dran! //

Gemeinsam stärker

Birgit Dittmer-Glaubig* und Marie Huhndorf**

Wie multiprofessionelle Kooperation in der Schule gelingen kann

Heterogenität ist ein Schlüsselbegriff in der heutigen Bildungslandschaft. Der Ruf nach einem inklusiven Bildungssystem und die Beschulung geflüchteter Kinder lässt die Komplexität des Anspruchs an die heutigen Lehrkräfte zusätzlich wachsen. Die Einführung und der Ausbau multiprofessioneller Kollegien in der Schule sollen die betroffenen Fachlehr-kräfte zunehmend darin unterstützen, diesen vielseitigen Ansprüchen gerecht zu werden.

Im Idealfall werden Lehrkräfte an gut aufgestellten Schulen bereits durch Experten aus unterschiedlichen Bereichen wie Erziehung, Sozialarbeit, Sonderpädagogik, Psychologie, Schulbegleitung und Integrationshilfe entlastet. Die Realität sieht aber oft anders aus. Und viele Lehrer und Lehrerinnen fühlen sich gar nicht vorbereitet auf diese neuartige Zusammenarbeit. Denn die Kooperation mit anderen Professionen ist noch lange kein selbstverständlicher Bestandteil des Lehrerberufs.

Die Initiatoren des Forums „Leadership in der Lehrerbildung" widmeten daher die 8. Auflage ihrer Veranstaltung dem Thema „Gemeinsam stärker – Multiprofessionalität an Schulen". Initiiert von der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) und der Robert Bosch Stiftung, drehten sich die Diskussionen im November in Berlin unter anderem um die Notwendigkeit, passende Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa notwendige Strukturen zu etablieren und Support durch die Schulleitung herzustellen.

Es müsse Sicherheit und Vertrauen im Kollegium geschaffen sowie Zeit für regelmäßige Reflexion und Austausch zur Verfügung gestellt werden. Den Beteiligten müsse aufgezeigt werden, wie Arbeitsteilung nach Kompetenzen tatsächlich gelingen kann. Es gehe darum zu lernen, einander zuzuhören, Verständnis füreinander zu schaffen und respektvoll auf Augenhöhe miteinander zu kommunizieren. Wenn innerhalb eines multiprofessionellen Teams kein Grundverständnis füreinander bestehe, seien Erfahrungserlebnisse „nach dem Chaosprinzip" programmiert, hieß es.

In den Plenen und Workshops des Forums war man sich über die Unabdingbarkeit einer Voraussetzung einig: das Thema Multiprofession in der Schule müsse durch gemeinsame Fortbildungen mit multiprofessionellen Teilnehmern in die Lehrerbildung integriert werden – und zwar nicht nur in die Lehrerweiterbildung, sondern bestenfalls direkt in die Lehrerausbildung. Um den Erfolg der gemeinsamen Arbeit von Beginn an sicherzustellen, sei der Kontakt zwischen den Professionen und Fachbereichen bereits während des Lehramtsstudiums erforderlich.

Im Rahmen des Forums wurde ein Projekt vorgestellt, das aufzeigt, wie dieses Ziel – „von Anfang an gemeinsam" – erreicht werden kann. Die professionsübergreifende Modulreihe „Multiprofessionalität in der Ganztagsschule", initiiert 2012 von den Fachschulen für Sozialpädagogik Blumenthal und Neustadt, der Hochschule Bremen und der Universität Bremen, ermöglicht den Lehramtsstudierenden bereits während des Studiums einen Einblick in multiprofessionelle Teamarbeit an der Schule.

Im Fokus des Projekts stehen die Verzahnung von Theorie und Praxis, das gemeinsame Lernen in heterogenen Gruppen und die Einbeziehung von Ganztagsschulen als Lernorte. Fachschüler und Fachschülerinnen der beruflichen Zentren für Sozialpädagogik, Studierende der Sozialen Arbeit und Lehramtsstudierende können das professionsübergreifende Wahlpflichtangebot im Rahmen ihrer Ausbildung nutzen. //

*Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft im BLLV ** Online-Redakteurin Studierende im BLLV

Roland Kirschner*

Zerlegte Oberstufe

Warum sich die 11. Klasse des Gymnasiums nicht einfach rausnehmen lässt

Des Deutschen liebster Platz ist bekanntlich die linke Spur auf der Autobahn. Und so ist es nur konsequent, dass im Autofahrerbundesland Bayern nun auch das Gymnasium eine Überholspur bekommt. Zur Erinnerung: 2017 hat die Bayerische Staatsregierung nach langem Gekreiße beschlossen, zum G9 zurückzukehren. Nun gibt es aber eine nicht zu vernachlässigende Zahl an Schülerinnen und Schülern, die mit dem G8 zurecht gekommen sind. Denen wollte man auch was anbieten.

Aber die Überholspur am G9 soll mehr sein als nur ein (immer schon mögliches) Überspringen. Und so verwundert es nicht, dass die Pressemitteilung des Kultusministeriums von Mitte Dezember mit „Ausbau der individuellen Förderung am Gymnasium" überschrieben war. Nur: Ein Plan zur individuellen Förderung (individuelle Schwächen ausgleichen, individuelle Stärken fördern) sind die darin genannten Maßnahmen nicht. Streng genommen ist es nicht einmal ein Konzept zum Überspringen, sondern: eine leere Hülle.

Begabtenförderung ist eine wichtige Aufgabe der Schule. Und auch wenn mittlerweile dem Enrichment eine größere Bedeutung zugemessen wird als der Akzeleration, muss ein Konzept des Beschleunigens wenigstens zwei Fragen beantworten: Was soll auf der Überholspur im Vergleich zum normalen Bildungsgang ausgelassen werden? Was soll auf der Überholspur im Vergleich zum normalen Bildungsgang vorgezogen werden? Diversen Verlautbarungen zufolge wird die 11. Jahrgangsstufe so etwas wie das Filetstück des neuen G9. In ihr sollen all die Dinge konzentriert werden, die die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten fit für die Zukunft machen: Berufliche Bildung, politische Bildung, Digitalisierung, Projektarbeit und dergleichen. Und genau diese Premiumjahrgangsstufe soll nun übersprungen werden können. Eliteförderung bedeutet also, überspitzt gesagt, gerade die besten Schülerinnen und Schüler von der politischen Bildung auszuschließen. Das kann natürlich verhindert werden, indem Teile der 11. Jahrgangsstufe vorgezogen werden. So heißt es: „In Seminaren und Studierzeiten – sogenannten Modulen, die zusätzlich zum Regelunterricht besucht werden – eignen sich die Jugendlichen zentrale Kompetenzen und Inhalte an, die für den Start in die Jahrgangsstufe Q12 wichtig sind."

Doch auch dies ist leichter gesagt als umgesetzt. Unklar ist, was diese zentralen Inhalte und Kompetenzen sein sollen. Für diese Seminare sind pro Jahrgangsstufe lediglich zwei Stunden pro Woche vorgesehen. In der 9. Klasse teilen sich die Fächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache dieses Seminar. Den Rest sollen die Schülerinnen und Schüler – wie derzeit beim Überspringen schon üblich – zu Hause erledigen. Schon das ist sportlich. Darüber hinaus baut in diesen Fächern der Lehrplan einer Jahrgangsstufe auf dem auf, was in den vorangegangenen Jahren gelernt wurde.

Wie soll eine Schülerin, die im Klassenverband den Mathematikunterricht besucht, in der 9. Klasse Inhalte der 11. Klasse vorziehen, deren Grundlagen sie erst in der 10. lernt? Und wenn sie so begabt ist, dass sie in der 9. schon diese Inhalte der 10. Klasse beherrscht: Warum besucht sie dann in der 10. noch den entsprechenden Unterricht? Sinnvoller wäre es, die Schülerin könnte kontinuierlich in allen Fächern akzelerieren. Bei zwei Stunden pro Woche und zusätzlicher Studierzeit zu Hause ist das aber kaum möglich. Dazu bräuchte es einen durchgehend modularisierten Aufbau des Gymnasiums – ein Ansatz, den das Ministerium leider nur rhetorisch verfolgt. //

* Leiter der Fachgruppe Gymnasium im BLLV

02 | Zeit für Bildung – gerecht.investieren
INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

Wolfram Schneider*

Jedes Kind zählt

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BLLV und Autor der Expertise. Für Rückfragen können Sie sich gerne an ihn wenden unter: wissenschaft@bllv.de

Schulbehörden und Regierungen schreiben gerne „individuelle Förderung" in Lehrpläne und Regierungsprogramme. Diejenigen, die sie umsetzen sollen, werden aber oftmals mit dieser Aufgabe allein gelassen. Welche Investitionen notwendig wären, hat der BLLV in der Expertise „Zeit für Bildung – gerecht.investieren" berechnet.

Lernen ist ein individueller Prozess, der vom einzelnen Kind abhängt. Die Schülerinnen und Schüler in diesen Lernprozessen zu unterstützen, ist für viele Lehrerinnen und Lehrer ein wesentlicher Grund, warum sie den Beruf ergreifen. Allerdings kann auch der Einsatz moderner didaktischer und pädagogischer Methoden nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingungen dafür in Bayern nicht stimmen. 16.300 Klassen in Bayern haben zum Beispiel 26 oder mehr Schüler, oftmals unterrichtet von einer einzigen Lehrkraft. Selbst bei einer hohen Klassenführungskompetenz ist individuelle Förderung so nur schwer möglich.

Unter solchen Bedingungen stoßen auch sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer an Grenzen. Grenzen, die ihnen das Schulsystem setzt und die sie dazu zwingen, hinter dem didaktisch und methodisch Möglichen zurückzubleiben. Inwieweit Schülerinnen und Schüler individuell lernen und gefördert werden, hängt somit vom Idealismus der Lehrkräfte ab. Sie versuchen zu kompensieren, was an Personal und Geld fehlt.

Es ist aber eine vordringliche Aufgabe des Staates, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Nur wenn er ihr nachkommt, können den Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Zukunftschancen eröffnet werden, nur so können sich die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Lernausgangslagen nachhaltig entfalten und den bestmöglichen Bildungserfolg erzielen. Konkrete Vorstellungen davon und was das an Zeit, Personal und Kosten bedeutet, hat der BLLV in der Expertise „Zeit für Bildung – gerecht.investieren" (www.bllv.de/bildungsfinanzierung) aufgezeigt. Dazu gehören beispielsweise

1. **Die Sicherung einer festen Schüler-Lehrer-Relation innerhalb einer Klasse. Es soll sichergestellt werden, dass die Relation in einer Klasse einen bestimmten Wert nicht übersteigt. Die Klasse bekommt für jedes Kind mehr zusätzliche Stunden für eine zweite Lehrkraft oder multiprofessionelle Teams.**
2. **Zusätzliche Lehrerstunden für die individuelle Förderung außerhalb des Pflichtunterrichts, um Kinder ganzheitlich bilden und qualitätsvolle Angebote vorhalten zu können.**
3. **Zeitressourcen für multiprofessionelle Teams zur individuellen Förderung außerhalb des Pflichtunterrichts, um auf die vielfältigen Bedürfnisse, Interessen und Potentiale der Kinder und Jugendlichen eingehen zu können. Diese Stunden sollen um einen Diversitätsfaktor (siehe in der Expertise „Zeit für Bildung" ab S. 52) erhöht werden, das heißt Schulen, die vielfältige Angebote umsetzen, bekommen auch viele Ressourcen.**
4. **Zeit für die Professionalisierung und Systematisierung von Beratung, für Lernbegleitung und Lerncoaching, für den Ausbau außerschulischer Partnerschaften und Netzwerke, sowie Kooperationszeit für die Beruflichen Schulen. Gerade sie sind wichtig für eine erfolgreiche Schullaufbahn und den weiteren Werdegang der Schülerinnen und Schüler.**
5. **Übergänge im Bildungssystem nachhaltig gestalten. Sie sind Weichen in der Bildungskarriere und sollten so unterstützt werden können, dass die jungen Menschen sie nicht als Brüche erleben.**
6. **Zeit für Schul-, Personal-, Organisations- und Unterrichtsentwicklung, um diese Prozesse nachhaltig und tiefgreifend zu gestalten.**

Um diese Maßnahmen umzusetzen, sind nach Berechnungen des BLLV in den nächsten zehn Jahren Steigerungsraten in Höhe von jährlich 1.860 Stellen erforderlich, das entspricht einer jährlichen Erhöhung des Bildungshaushalts um 156,3 Millionen Euro. eine Herausforderung, aber es ist leistbar. Deutschland ist eine der reichsten Volkswirtschaften und eines der stabilsten Länder der Welt. Bayern ist geprägt von einer prosperierenden Wirtschaft. Wenn sich ein Land ein modernes Bildungssystem leisten kann, dann dieses. Dafür braucht es aber mehr Zeit für individuelle Förderung aller Kinder. Dafür braucht es Investitionen in die Qualität von Bildung. Die Ressourcen müssen bestmöglich für diejenigen eingesetzt werden, um die es dabei letztlich geht: die Kinder und Jugendlichen in Bayern. //

der bllv im gespräch mit …

… Markus Gruber, Ministerialdirektor im Sozialministerium

… dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses Bayerbach (AfD)

Neue Kriterien für das „Schulfrühstück denkbar“

Die Zukunft des „Schulfrühstücks denkbar“ stand im Mittelpunkt eines Gesprächs mit dem Ministerialdirektor im Sozialministerium, Markus Gruber. Bei dem Austausch mit BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und der Koordinatorin des Frühstücksprojektes, Sieglinde Stanzl, versicherte Gruber, dass sein Ministerium das Engagement des BLLV im Rahmen der BLLV-Kinderhilfe für ein Schulfrühstück für bedürftige Kinder als wichtig ansieht. Anlass für den Austausch war die positive Bewertung der Arbeit der BLLV-Kinderhilfe im Rahmen einer Prüfung durch den Obersten Rechnungshof.
Aus Sicht des BLLV müssten allerdings dringend die Förderrichtlinien überarbeitet werden. Zurzeit können sich nur Schulen aus jenen Landkreisen bewerben, die einen bestimmten Sozialindex aufweisen. Damit bleibt eine Reihe von interessierten Schulen mit bedürftigen Kindern außen vor. Außerdem müssten auch Mittel- und Förderschulen berücksichtigt werden können.
Gruber unterstrich die Bereitschaft des Sozialministeriums, die Initiative des BLLV auch weiterhin zu unterstützen. Eine Ausweitung müsse aber vor allem auf der politischen Ebene über den Landtag vorangetrieben werden. Die BLLV-Kinderhilfe selbst stellt 350.000 Euro aus Spenden von Privatpersonen, Stiftungen und Hilfsorganisationen bereit. **bs**

Arbeitsgruppe Inklusion vor dem Aus?

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses, dem AfD-Abgeordneten Markus Bayerbach, stellte BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann zu Beginn klar, dass es kein Abrücken vom Manifest: HALTUNG ZÄHLT gebe. Der BLLV werde stets die politischen Entwicklungen auf der Basis eines wertschätzenden und respektvollen Umgangs miteinander beobachten und keine Grenzüberschreitungen oder Ausgrenzungen dulden, sagte Fleischmann, „dafür stehe ich ein!“
Bayerbach warf ein, dass er nicht mit allen Vorgehensweisen in seiner Fraktion übereinstimme, im Fokus seiner Arbeit stehe immer die Bildungspolitik. Der BLLV-Präsidentin war es ein Anliegen, über die Fortführung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Inklusion im Landtag zu sprechen. Diese Weiterführung sieht Bayerbach in der Realität schwer umsetzbar, auch wenn er nicht grundsätzlich dagegen sei. Fleischmann machte deutlich, dass die Inklusion für den BLLV ein wichtiges Thema ist. Diese könne jedoch nur funktionieren, wenn man die Umsetzung in allen möglichen Schulformen auch entsprechend finanziell ausstatte. Bayerbach plädierte für differenzierte Lösungen vor Ort. Der BLLV hat in seiner Expertise zur Bildungsfinanzierung „Zeit für Bildung – gerecht.investieren“ ausgerechnet, was eine pädagogisch wertvolle Inklusion kostet. **yy**

… Mirjam Zadoff (NS Doku-Zentrum) und Charlotte Knobloch (IKG) (v. l.)

… dem investigativen Journalisten Uwe Ritzer (Süddeutsche Zeitung)

Neue Impulse für die Erinnerungsarbeit

„Wie sieht das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus ohne Zeitzeugen aus?" – diese Frage stand im Mittelpunkt eines Austauschs, zu dem BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und Geschäftsführer Dr. Dieter Reithmeier die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sowie die Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München, Prof. Dr. Mirjam Zadoff, eingeladen hatten. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass die Erinnerungsarbeit in den Schulen in den vergangenen Jahrzehnten engagiert und mit Überzeugung betrieben wurde. Angesichts des immer kleiner werdenden Kreises von Zeitzeugen und des wachsenden zeitlichen Abstandes zur Zeit der NS-Diktatur müsse man die Erinnerungsarbeit aber neu aufstellen. Auf einer neuen Internetplattform mit dem Titel Forum Erinnern sollen entsprechende Angebote dargestellt werden können. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen waren sich die Gesprächsteilnehmer einig, dass Erinnerungsarbeit auch ein wichtiger Teil aktueller politischer Bildungsarbeit ist. Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung, das Erstarken rechtsradikaler Gruppierungen und die Verrohung der Sprache müssen bereits in der Schule thematisiert und bekämpft werden. **bs**

Klare Richtlinien für Kooperation mit Sponsoren

„Wir dürfen Schulen nicht auf dem Altar der Lobbyisten opfern", fordert der Wirtschaftsjournalist Uwe Ritzer, der in seinem Beststeller „Lobbykratie" aufgedeckt hat, wie Konzerne und Interessenverbände mit Millionenbeträgen Produkt-, Marken- und Imagewerbung an Bildungsinstitutionen platzieren. Schulen und Kitas seien dafür „leichte Ziele, da chronisch unterfinanziert". Ritzer wies darauf hin, dass es keine klare Trennlinie gebe zwischen sinnvoller Unterstützung mittels Schulsponsoring und tendenziöser Vereinnahmung. Dies dürften Unternehmen nicht für ihre Interessen ausnutzen, da sei ein „starker Staat" gefordert. Ritzer war sich mit BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann einig, dass man Schulleiter in ihren Entscheidungen nicht alleine lassen dürfe: Es könne nicht sein, dass diese „die Dummen" seien, die einen Vertrag unterschreiben oder nicht. Fleischmann forderte zudem mit Blick auf die Digitalisierung von der Bayerischen Staatsregierung klare Rahmenbedingungen zu möglichen Kooperationen mit Firmen wie Microsoft, Apple, Google und Co: Es sei ja nicht zeitgemäß, die Marktangebote komplett zu ignorieren und alles auf eigene Faust machen zu wollen. Die Entscheidung darüber könne aber nicht bei der Schule liegen, sondern müsse explizit „von oben" freigegeben werden. **bos**

akzente simone fleischmann

hartaber**unfair**

Das gesellschaftliche Klima scheint rauer denn je, der Ton gegenüber Lehrerinnen und Lehrern auch.

Letzthin erzählte mir eine Kollegin, wie sie von einem Vater beschimpft wurde. Sie habe seinen Sohn ungerecht behandelt und falsch benotet. Sie sei erschrocken gewesen über die Aggressivität des Mannes, habe aber versucht, ihre Entscheidung zu begründen. Da habe der Vater das Gespräch wütend abgebrochen und gedroht, die Leistungsfeststellung gerichtlich überprüfen zu lassen. Das ist kein Einzelfall, wie wir aus der Arbeit unserer BLLV-Rechtsabteilung wissen. Auch ich habe als Rektorin einer großen Grund- und Mittelschule am Stadtrand Münchens ähnliche Szenen erlebt.

Der Umgangston ist rücksichtsloser geworden, mit unserem Manifest: HALTUNG ZÄHLT haben wir auf die politische Dimension sprachlicher Verrohung aufmerksam gemacht. Darüber hinaus aber hegen manche Eltern gegenüber Schule ein grundlegendes Misstrauen. Offensichtlich denken sie, dass Lehrerinnen und Lehrer aus mangelnder Kompetenz, Nachlässigkeit oder Willkür die Leistungen des eigenen Kindes nicht korrekt bewerten.

Lassen wir einmal die Frage beiseite, ob die Form der Leistungsmessung, die wir in der Schule durchführen müssen, die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an die Schule sein kann. Fakt ist, dass sich unsere Rolle als Lehrerinnen und Lehrer in den letzten Jahren zusammen mit den Erwartungen an Bildung und Schule grundlegend geändert hat.

Heute ist allen klar, dass Bildung die Grundlage für die individuelle und die gesellschaftliche Zukunft ist. Damit aber rückt unsere Arbeit als Lehrerinnen und Lehrer unmittelbar in den Fokus der Beobachtung – und der Kritik. Insbesondere wenn es um das eigene Kind geht, erleben manche Eltern Entscheidungen der Lehrer als unzulässigen Eingriff in

die Zukunfts- und Lebensgestaltung ihrer Kinder. Und dann wird mit harten Bandagen gekämpft, egal ob es um den Übertritt geht oder um die Versetzung ins Gymnasium.

Nun rächt es sich, dass Schule bei uns sehr lange als abgeschlossene Welt definiert war, in der Eltern wenig mitwirkten. Und es rächt sich, dass Lehrerinnen und Lehrer viel zu wenig Zeit haben, ihr Professionsverständnis zu reflektieren und ihre Kommunikationskompetenzen systematisch weiterzuentwickeln. Und die Schulverwaltung sieht allzu oft einfach weg.

Ich bin der Überzeugung, dass wir unser Professionsverständnis neu diskutieren müssen. Wir sind mehr denn je gefragt, den Dialog mit allen, die mit Schule zu tun haben – Eltern, Kollegen, Arbeitgeber – zu führen. Wir müssen unsere Aufgabe als Pädagoginnen und Pädagogen immer wieder transparent machen: Alle Schülerinnen und Schüler ganzheitlich und individuell zu fördern und mit ihnen soziale Kompetenzen und grundlegende Wertorientierungen zu entwickeln, damit Gemeinschaft überhaupt möglich ist – das ist unser Anspruch. Davon rücken wir nicht ab.

Wir haben allen Grund, selbstbewusst und überzeugt aufzutreten. In dem offen und offensiv zu führenden Dialog über die sich verändernde Rolle der Lehrer in der heutigen Schule erwarten wir von der Schulverwaltung Rückendeckung und von der Politik Zeit, um als Kollegenschaft den systematischen Austausch untereinander pflegen zu können. Auch die nachhaltige Fortbildung unserer Kommunikationsstrategien sind Teil modernen Lehrerseins. Wenn das funktioniert, dann können wir auch aggressive Eltern zum Dialog bewegen. //

Unsere Antwort muss heißen:

mehr Offenheit
mehr Transparenz
mehr Dialog.

// Kindertagesbetreuung: CSU/FW wollen mehr Qualität

Die Qualität in der Kindertagesbetreuung war Thema einer längeren Aussprache im Bayerischen Landtag. Die CSU und die Freien Wähler brachten gemeinsam den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag „Qualität in bayerischen Kindertageseinrichtungen verbessern – Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz im Sinne unserer Kinder und Fachkräfte investieren!“ (Drs. 18/216) ein. Die CSU-Abgeordnete Petra Högl stellte klar, dass es der Bayerischen Staatsregierung nicht nur um eine finanzielle Entlastung bei den Beiträgen zur Kinderbetreuung im Kindergarten und in der Krippe gehe, sondern insbesondere auch um die Qualität: „Bayerns Kinder sollen nicht nur beaufsichtigt sein, sondern gut betreut werden und frühzeitig bestmögliche Förderung erfahren.“

Die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz werden die Bundesländer nach jeweils eigenen Prioritäten investieren können, sobald sie mit dem Bund eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben werden. Die Grünen brachten ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag ein: „Qualitätsoffensive in der Kindertagesbetreuung – Priorität für Qualitätsverbesserungen“ (Drs. 18/232). Johannes Becher kritisierte den interfraktionellen Antrag, da er zu wenig Konkretes an Maßnahmen enthalte. Notwendig seien Verbesserungen der empfohlenen Anstellungsschlüssel oder Verankerungen fester Freistellungszeiten für Leitungsaufgaben. Die Kritik von SPD und FDP ging in dieselbe Richtung. Der BLLV fordert bereits seit Langem, dass der frühkindlichen Bildung größere Bedeutung beigemessen werde, als dies bisher der Fall ist.

Die Situation der Kita-Angestellten hinsichtlich ihrer Bezahlung oder die Rahmenbedingungen für eine pädagogisch wertvolle Arbeit in den Kitas seien dringend anzugehen. Denn hier werde die Basis für alle weiteren Entwicklungen der Kinder auf ihrem Bildungsweg gelegt. Daher begrüßt der BLLV alle Anstrengungen, die nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Qualität in den Kindertageseinrichtungen verbessern.

Yasmin Yildiz

// Medienkonzepte

Nur ein kleiner Teil der bayerischen Schulen verfügt über ein eigenes Medienkonzept. Der genaue Stand ergibt sich aus einer Schriftlichen Anfrage (Drs. 17/24237) der SPD-Abgeordneten Annette Karl. Am weitesten fortgeschritten ist die Konzeptarbeit demnach an den Gymnasien. Fast ein Drittel von ihnen hat ein entsprechendes Konzept. Am niedrigsten ist der Stand bei den Grundschulen mit knapp 20 Prozent. Der Anteil der Mittelschulen mit einem Medienkonzept liegt knapp darüber, bei den Realschulen sind es rund ein Viertel. Alle anderen Schulen sind noch in der Erarbeitung eines Konzeptes oder besitzen noch keines. yy

// Zweitqualifizierung

Die Nachfrage nach Zweitqualifizierungsmaßnahmen für die Arbeit an Grund-, Mittel- und Förderschulen bleibt groß. Aus einer Anfrage der SPD (Drs. 17/23972) geht hervor, dass entsprechende Maßnahmen seit dem Schuljahr 2015/16 von 840 Lehrkräften in Anspruch genommen wurden. Im Schuljahr 2018/19 nehmen 1.440 Lehrkräfte an den Maßnahmen teil. Davon sind 491 Gymnasiallehrkräfte und 178 Realschullehrkräfte. Die Maßnahmen für Sonderpädagogik haben bereits 86 Lehrkräfte absolviert (31 Gymnasial- und 55 Realschullehrkräfte). 181 Lehrerinnen und Lehrer haben die Maßnahmen bereits begonnen, 115 befinden sich noch auf Probe. yy

// Reserve

Die Ausstattung der bayerischen Schulen mit Mobilen Reserven bleibt aktuell aufgrund des anhaltenden Lehrermangels dürftig. An den Grund- und Mittelschulen sind dafür nur 2.447 Lehrplanstellen vorgesehen, das entspricht rund 6 Prozent aller Planstellen. An den Förderschulen und Schulen für Kranke sind es 3,9 Prozent, an den Realschulen entfallen 2,5 Prozent aller Plansstellen auf die Integrierte Lehrerreserve. Kaum besser ist die Lage an den Gymnasien, dort sind insgesamt 2,6 Prozent aller Planstellen für Integrierte sowie Mobile Reserven vorgesehen. Diese Zahlen stammen aus einer Anfrage zum Plenum (Drs.18/45) von Stefan Schuster (SPD). yy

C

cartoon

meissner

Lehrer sein – oder es sein lassen?

Wolfram Schneider*

Immer mehr junge Menschen in Bayern studieren – aber immer weniger studieren Lehramt. Was hat das zu bedeuten? Hat der Ruf gelitten? Sind die Rahmenbedingungen tatsächlich schlechter als in anderen (Bundes-)Ländern? Was bedeutet es wirklich, heute Lehrerin oder Lehrer zu sein? Eine statistische Annäherung an das Berufsbild.

Der Befund scheint eindeutig: Die Zahl der Lehramtsstudierenden in Bayern ist mit 35.100 so niedrig wie seit 14 Jahren nicht; derweil aber hat sich die Gesamtzahl aller Studierenden in Bayern um mehr als die Hälfte auf 394.000 erhöht. Sollte man aus diesem Vergleich zweier gegenläufiger Tendenzen schließen, dass der Beruf immer unattraktiver wird? Immerhin ist die Zahl der Lehramtsstudierenden, die sich im ersten Studienjahr befinden, seit dem Wintersemester 2015/16 deutlich gestiegen. Und das vor allem beim Studium für Grund- und Mittelschulen. Der Gesamttrend aber spricht eine klare Sprache: In Bayern ist der Anteil der Lehramtsstudierenden an den Gesamtstudierenden im Wintersemester 2017/18 zum ersten Mal seit dem Jahr 1991 wieder unter die Marke von zehn Prozent gefallen. >

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BLLV

Unsere These: Das ist nicht nur mit schwankenden Schülerzahlen und mit entsprechenden Berufsaussichten zu erklären. Das hat mit der Attraktivität des Lehrerberufs und mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen zu tun. Natürlich ist nicht alles schlechter geworden. Pauschalisierungen sind in diesem Zusammenhang sowieso nicht angebracht. Und man könnte auch argumentieren: Die individuelle Förderung in den Klassen ist immer besser möglich, weil bereits seit vielen Jahren die Klassengrößen sinken. In den Grundschulen seit 2007/08 von 23 auf 21 Kinder im Schnitt pro Klasse heute, bei den Mittelschulen seit 2007/08 von statistisch 21,2 auf 19,4 Kinder pro Klasse. Genauso hat sich im selben Zeitraum die Lehrer-Schüler-Relation in Bayern von 16,8 auf 14,6 verbessert.

Allerdings lässt sich anhand von Durchschnittswerten nicht die Situation in einer bestimmten Klasse vor Ort erkennen. Das Argument würde zudem außer Acht lassen, dass allein die inklusive Bildung, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung oder jahrgangsgemischte Klassen zu einer erheblich gewachsenen Heterogenität der Klassenzusammensetzung geführt hat. So hat sich in den allgemeinen Schulen in Bayern die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit 2005 auf mittlerweile 24.800 mehr als verdreifacht.

Lehrerinnen und Lehrer stehen hinter dem Gedanken inklusiver Bildung, jedoch unter der Voraussetzung von angemessenen Rahmenbedingungen. Sie erleben es jeden Tag aufs Neue, dass Inklusion anders auch nicht funktionieren kann. Die Pädagoginnen und Pädagogen, die heute motiviert und engagiert sind, wären irgendwann ausgebrannt und unzufrieden.

Dass weniger junge Menschen Lehramt studieren wollen, ist das eine. Fragt man aktive Lehrkräfte danach, wie zufrieden sie mit ihrem Beruf sind, wird deutlich, als wie erfüllend und sinnstiftend er erlebt werden kann. 2016 machten der VBE und der BLLV eine Umfrage zu diesem Thema. Das Ergebnis: Die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern sind sehr zufrieden mit ihrem Beruf und haben eine hohe Arbeitsmotivation. 95 Prozent der Befragten gaben an, gerne oder sehr gerne zur Arbeit zu gehen. Ein Wert, der teilweise deutlich über denen anderer Berufsgruppen liegt.

Nur 40 Prozent der Arbeitszeit ist Unterricht

Für die große Mehrheit der befragten Lehrkräfte haben sich die eigenen Erwartungen, die sie seinerzeit an den Lehrerberuf hatten, in der Praxis bestätigt. Wichtige Gründe für die hohe Zufriedenheit mit dem Beruf sind der Spaß an der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und die Freude, jungen Menschen Wissen zu vermitteln (siehe Tabelle).

Und doch stimmt ein Befund skeptisch: Trotz der Freude am Beruf und am gemeinsamen Lernen mit Kindern und Jugendlichen würden nur etwas mehr als die Hälfte (59 %) der bayerischen Lehrkräfte ihren Beruf weiterempfehlen. Als Gründe hierfür wurde angegeben, dass Politiker bei Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht ausreichend beachten (81 %) und außerunterrichtliche Aufgaben nicht realistisch als Arbeitszeit berechnet werden (57 %). >

Tabelle: **Gründe für die Berufszufriedenheit von Lehrkräften** (Mehrfachnennungen möglich)

Es bereitet mir Freude, jungen Menschen Wissen zu vermitteln	**99 %**
Ich arbeite gerne mit Kindern und Jugendlichen	**97 %**
Ich interessiere mich sehr für meine Fächer	**89 %**
Beruf mit großer Verantwortung und Eigenständigkeit	**82 %**
Beruf bedeutet Existenzsicherheit	**65 %**
Beruf und Familie lassen sich gut vereinbaren	**68 %**

(Quelle: VBE (2016). Zufriedenheit im Lehrerberuf)

Seht mal: Hier könnt ihr helfen,
Kreativität zu entfalten.

So wunderbar: Hier könnt ihr Forschergeist wecken.

Vergleicht man die Arbeitszeit von Lehrkräften heute mit denen anderer Länder, fällt auf, dass in Deutschland bereits die Unterrichtspflichtzeiten teilweise deutlich über denen anderer OECD-Staaten liegen. Lehrerinnen und Lehrer in der Bundesrepublik haben im Schnitt eine Unterrichtsverpflichtung von 747 Zeitstunden (1 Zeitstunde = 60 Minuten) pro Jahr. In der OECD sind es über alle Länder hinweg 696 Stunden (siehe Grafik).

Die Arbeitszeit ist mit Sicherheit ein Kriterium, an dem man die Veränderungen des Lehrerberufs im Laufe der vergangenen Jahrzehnte sichtbar machen kann. Gemeint ist aber weder die Unterrichtspflichtzeit noch die wöchentliche Gesamtarbeitszeit. Letztere liegt laut wissenschaftlichen Untersuchungen seit Jahrzehnten meist konstant und deutlich über 50 Stunden pro Woche. Das war in der Regel auch schon in den 1970er Jahren so. Nein, gemeint ist die Verteilung der Arbeitszeit.

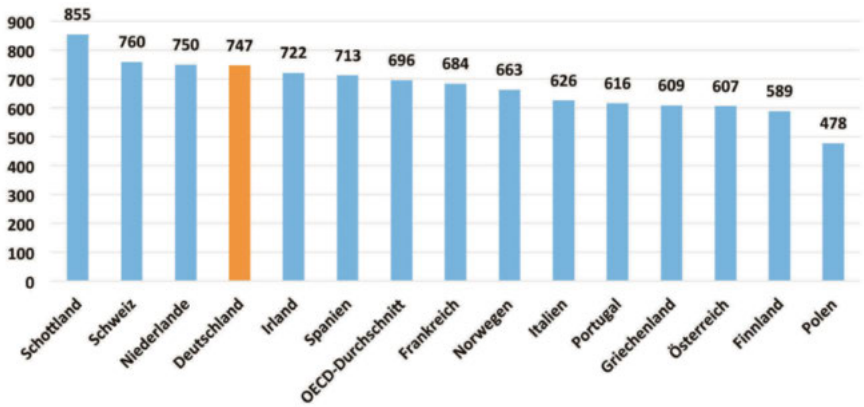
So ist der Anteil des Unterrichts an der Gesamtarbeitszeit seitdem von rund 50 Prozent auf unter 40 Prozent gesunken (in manchen Schularten sogar von 40 auf 30 Prozent). Des Weiteren nahmen die weiteren Tätigkeiten und Aufgaben, die nicht unmittelbar unterrichtsbezogen sind, an Bedeutung zu. Lagen sie in den 1970er und 80er Jahren bei 20-25 Prozent, haben sie mittlerweile auf mehr als 30-35 Prozent deutlich zugelegt. Tätigkeit und Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern haben sich demnach im Kern gewandelt.

Und es hat sich eben herumgesprochen, dass wöchentliche Arbeitszeiten von 50 Stunden oder mehr, meist verteilt über sieben Tage die Woche, ein erhöhtes Risiko für gesundheitliche Belastungen darstellen. Vor allem, wenn angemessene Phasen der Erholung während der Schulzeit weitgehend fehlen, wenn abends oder nachts gearbeitet werden muss, wenn Arbeits- und Privatzeit völlig entgrenzt werden. Gesundheitsstudien weisen immer wieder darauf hin, dass die Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern oftmals zu hoch sind und die Risiken für die Gesundheit zu groß.

Überdurchschnittlich häufig Vorruhestand

Gestützt wird diese Warnung durch empirische Befunde zu psychischen und physischen Belastungen des Lehrpersonals. So wurde aufgezeigt, dass die Burnout-Raten bei Lehrerinnen und Lehrern in den 1990er Jahren bei rund 16 Prozent lag. Mittlerweile liegt das Burnout-Risiko bei Lehrkräften deutlich höher und auch über dem Risiko anderer Berufsgruppen: Rund ein Drittel aller Lehrkräfte geben an, unter zu hohen Belastungen (Arbeitsintensität, emotionale und körperliche Anforderungen) zu leiden. Alle anderen Berufe geben dies im Schnitt meist zu 20 Prozent an. Die gesundheitliche Belastung kann letztlich so stark sein, dass eine Lehrkraft ihren Beruf nicht mehr ausüben kann und dienstunfähig wird. >

Grafik: **Von Lehrkräften im Sekundarbereich I** (allgemeinbildend) **zu unterrichtende Zeitstunden pro Jahr**
(ausgewählte Länder; Quelle: OECD (2018). Bildung auf einen Blick, S. 491):



Im Dezember 2018 veröffentlichte das Statistische Bundesamt aktuelle Zahlen der Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes in Deutschland und Bayern. Darin enthalten sind auch die Versorgungszugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt im Schuldienst. Aufgeschlüsselt werden die Empfänger/innen nach vier Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles: Dienstunfähigkeit, Erreichen einer besonderen Altersgrenze, Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung beziehungsweise bei besonderer Altersgrenze und dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze. Mit Blick auf die Zahlen wird deutlich: 2017 lag der Anteil der neuen Pensionäre, die aufgrund von Dienstunfähigkeit den Schuldienst verließen, in Bayern bei 17,4 Prozent. In den anderen Bundesländern zusammen lag er mit 11,6 Prozent deutlich niedriger.

Gesellschaftliche Wertschätzung gestiegen

Auf den ersten Blick widersprüchlich dazu erscheint folgender Befund im zeitlichen Verlauf: Die Anzahl der bayerischen Lehrkräfte, die wegen Dienstunfähigkeit in Frühpension gehen, hat seit dem Jahr 2000 abgenommen. Damals gab es 1.200 Versorgungszugänge aufgrund von Dienstunfähigkeit, was mehr als die Hälfte aller Neupensionen bedeutete. Seit einigen Jahren liegt diese Zahl in Bayern nur noch bei rund 600 Lehrerinnen und Lehrern pro Jahr.

Und trotzdem gilt erstens: jede Lehrperson, die wegen zu hoher Belastung dienstunfähig ist, ist eine zu viel. Zweitens lassen die Zahlen auch folgenden Schluss zu: Viele Lehrerinnen und Lehrer könnten aus Angst vor Pensionskürzungen vor einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Beruf zurückschrecken. Es bleibt also dabei: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen sollen, gilt es, ein Tabu aufzubrechen und für eine systematische und professionelle Gesundheitsprävention der Lehrkräfte zu sorgen.

Das ist umso wichtiger, da sich die Herausforderungen und Tätigkeiten von Lehrkräften im Laufe der Zeit stark gewandelt haben und sie heutzutage weitaus breiter gefächerte Rollen einnehmen als früher. Diese Veränderungen spielen sich auf vielen Ebenen ab: auf der Ebene der einzelnen Schülerinnen und Schüler, auf Klassenzimmerebene und der jeweiligen Schule, sowie auf der Ebene der Eltern und der Gemeinschaft.

Immerhin: Untersuchungen zum Prestige des Lehrerberufs zeigen, dass die gesellschaftliche Wertschätzung des Berufs der Pädagoginnen und Pädagogen im Vergleich zu früher gestiegen ist. So haben in der jüngsten Allensbach-Umfrage 41 Prozent der befragten Bevölkerung ausgesagt, dass sie den Lehrerberuf von allen Berufen am meisten schätzen und achten, der vierthöchste Wert in der Skala (von insgesamt 18 Berufsgruppen). Ein deutliches Plus im Vergleich zur Studie von 1999, als dies nur 22 Prozent angaben.

Eigentlich kein schlechtes Zeichen von der Bevölkerung. Aber dieses „eigentlich“ hat bislang mehr mit dem Engagement und dem unermüdlichen Einsatz der Pädagoginnen und Pädagogen für ihre Kinder zu tun als mit guten Bedingungen. Diese Diskrepanz muss endlich überwunden werden. Nur wenn das gelingt, wird die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert, die Motivation der heutigen Lehrerinnen und Lehrer hochgehalten – und damit auch die Bereitschaft von jungen Menschen erhöht, sich einzulassen auf diesen erfüllenden Beruf. //

Einfach ansteckend: Wie die Kleinen manchmal dreinschauen.

Monika Faltermeier,
Vorsitzende Junger BLLV, Mittelschullehrerin an der Grund- und Mittelschule Wartenberg (Lkr. Erding)

Christoph Schmidts,
2. Vorsitzender der Studierenden im BLLV, Lehramt Gymnasium, Wirtschaft und Mathematik

Respektspersonen

Gerhard Ruf, 89,
ehemaliger Landschullehrer,
Rektor a. D. und BLLV-Bezirksvorsitzender

Gabriele Klaßen,
Rektorin, Friedrich-Hegel-Grundschule
Nürnberg

Eine Mittelschullehrerin, ein Studierender, Lehramt Gymnasium, ein ehemaliger Landschullehrer und eine Grundschulrektorin – wie sehen sie die Rolle der Lehrperson damals und heute? >

bayerische schule: Beginnen wir mit einer Äußerlichkeit – die für vieles steht, was das Dasein einer Lehrkraft im Kern ausmacht: Kleidung. Herr Ruf, Sie sind im Jackett hierher in die BLLV-Stelle Nürnberg gekommen, sind Sie auch als aktiver Lehrer mit Jackett, vielleicht sogar mit Krawatte, unterwegs gewesen?

RUF: Selbstverständlich!

Herr Schmidts, Sie scheinen den eher lockeren Dresscode zu bevorzugen: Sie tragen das Hemd über der Hose …

SCHMIDTS: Klar, und genau so werde ich auch in die Schule gehen. Jeden Tag im Jackett, das fände ich bei mir einfach nicht authentisch.

KLAßEN: Ein junger Kollege an einer Grundschule ist in kurzen Hosen zum Elternabend gekommen. Ich habe angemerkt: So geht man nicht zum Elternabend! Darauf hat er entgegnet: Es ist doch eine schöne kurze Hose! Und zu jüngeren Kolleginnen sagt man schon mal: Gehst du heute ins Schwimmbad? Wir stehen da als Respektsperson – ich sage nicht: Autoritätsperson. Da muss man sich entsprechend kleiden.

FALTERMEIER: Als Lehrerin oder Lehrer muss man schon zeigen, dass man sein Leben im Griff hat, da kann man nicht daherkommen wie der letzte Sandler, wie man bei uns sagt. Ein schönes Hemd, ein Pulli und eine Jeans, das passt. Und als Frau achte ich darauf, dass das Kleid oder der Rock mindestens bis zu den Knien geht. Bei mancher Praktikantin würde ich gerne mal sagen: Bitte bücken Sie sich nicht im Unterricht.

Herr Ruf, was wäre gewesen, wenn Sie in der Kurzen in die Schule gekommen wären.

RUF: Undenkbar! Aber wir haben das Problem eleganter gelöst. Ich habe einen Arbeitsmantel getragen. Wir hatten ja tatsächlich mit Dingen zu tun, die Schmutz verursacht haben: Tintenfässchen auf allen Tischen, Wandtafeln. Wenn man aber im Dorf ausgegangen ist, da war man immer korrekt angezogen. Zu meiner Zeit als Landlehrer in den 50ern war ja der Status ein anderer. Ich war in meinem Dorf „der Herr Lehrer", von den Kindern bis zum Bürgermeister. Für die Eltern war die oberste Instanz der Pfarrer, die zweite war entweder der Bürgermeister oder der Lehrer. Weil es bei uns kein Pfarramt gab, war ich der zweite Mann im Dorf.

Frau Klaßen hat eben das Wort Autorität abgelehnt – Sie, Herr Ruf, erzählen gerade von der Autorität, die Sie damals hatten.

RUF: Ja, wir waren Autoritätspersonen. Ein Beispiel dafür, wie sich das auch ausgewirkt hat: Damals sollten die Kinder zum sogenannten Gebetläuten um 18 Uhr von der Straße sein. Die sind natürlich nicht immer heimgegangen. Da hat ein Vater schon mal gesagt: „Herr Lehrer, könnten Sie nicht mal heute Abend einen Spaziergang durchs Dorf machen, so um sechs Uhr, Sie wissen schon warum." Dann bin ich wirklich um sechs einmal ums Dorf gegangen, und am nächsten Tag sind die Kinder alle um sechs zu Hause gewesen – ohne dass ich was gesagt hätte.

Respekt, das ist Kooperation! Und der Lehrer war damals ja auch für alles Mögliche zuständig: Wir erinnern uns an Wilhelm-Busch-Geschichten, in denen er sogar die Kirchenorgel gespielt hat.

RUF: Ich habe die Orgel tatsächlich gespielt. Der Pfarrer von der Nachbargemeinde hat mich gefragt: „Herr Lehrer, können Sie die Orgel spielen?" Ich habe gesagt: „Können tu ich das nicht richtig, aber ich hab's in der Lehrerbildungsanstalt lernen müssen." Also habe ich gesagt: „Ja, das mach' ich." Drei Tage später kam der Vorsitzende des Männergesangvereins und hat gefragt: „Herr Lehrer, wir brauchen einen Dirigenten." Ich habe gesagt: „Das habe ich noch nie gemacht, aber das mache ich halt jetzt dann". Und Gemeindeschreiber wurde ich später auch noch. Auf diese Weise hatte ich ganz schnell ein paar Posten.

Und einen kleinen Zuverdienst?

RUF: Kein Mensch hat was gesagt von bezahlen. Zu Ostern hat mir der Gesangsverein dafür hundert Eier gebracht – die ganze Jahresentlohnung. Als Lehramtsanwärter hatte ich ein Monatseinkommen von 70 Mark, mit Unterrichtsauftrag dann von 170 Mark. Da war so etwas trotzdem hilfreich.

Frau Faltermeier, die Lehrer an Ihrer Schule spielen heute sicher nicht mehr die Orgel.

FALTERMEIER: Naja, bei mir in Wartenberg, da ist der Konrektor zumindest auch der Fußballtrainer, die Schüler kennen den alle. In Landshut oder Passau wäre das ganz anders. Heute bringt sich der Lehrer nicht mehr so ins Leben der Gemeinde oder der Stadt ein.

„Ich kenne meine Leute, ich weiß, was sie leisten. Und ich kann sie im Rahmen der amtlichen und dienstlichen Vorgaben gerecht beurteilen.“

KLAßEN: Die Schulleiter in meinem Stadtviertel oder auch vom Nachbarstadtviertel bringen sich sehr wohl in Arbeitskreise ein oder in der Stadtteilarbeit. Im Arbeitskreis Nordstadt sind Leute aus allen Bildungseinrichtungen, auch welche aus der Politik. Das ist eine Gruppe von 20, 30 Leuten, da bin ich immer dabei.

Die Frage ist ja: welches Engagement erwartet die Gesellschaft denn heute von einer Lehrerin, einem Lehrer?

FALTERMEIER: Ein Lehrer heute genießt nicht mehr das Ansehen wie früher. Leute, die nicht Lehrer in der Familie haben oder im Freundeskreis, hört man schon mal sagen: Die gehen um eins heim, machen dann eh nix mehr und haben viel Ferien. Andererseits wird erwartet, dass wir immer mehr übernehmen: Wir sind nicht nur dafür verantwortlich, dass die Kinder lernen, wir sollen sie auch noch erziehen.

KLAßEN: Inzwischen sagt doch keiner mehr: ihr geht ja um eins heim! Weil 's auch nicht mehr so ist. Ich erlebe eher Eltern, die Verständnis zeigen, und die sagen: „Was Sie für gute Arbeit machen“, und: „Was Ihre Kollegen leisten!“

Nochmal zum Thema Autorität, diesmal gegenüber Vorgesetzten: Herr Ruf, wie war das, wenn sich damals, zu Ihrer Zeit als Rektor der Schulrat angekündigt hat?

RUF: Der kam alle drei Jahre – unangekündigt. Man erfuhr erst in der Woche davor, dass er kommt, aber nicht den Tag. Das war für den betreffenden Lehrer Stress. Er hatte ja keine Ahnung, wie der Schulrat ihn einschätzt. Und wir Schulleiter hatten im Unterricht unserer Lehrer nichts zu suchen. Da kamen oft haarsträubende Abweichungen heraus davon, wie sich die Lehrer selbst eingeschätzt haben. Die Schulleiter hatten auch keinerlei dienstaufsichtliche Befugnisse über die Lehrer. Ich habe in meiner gesamten Rektorenzeit Angst davor gehabt, dass es mal ein Gesetz geben könnte, das mich zwingen würde, meine Lehrer beurteilen zu müssen.

Sie, Frau Klaßen, müssen genau das tun. Hatten Sie auch so wenig Neigung, sich auf diese Aufgabe einzulassen, als sie vor rund acht Jahren eingeführt wurde?

KLAßEN: Wir haben uns damals schon gedacht: na, ob das gut ist? Viel mehr Arbeit ist es – ohne eine einzige Stunde Ermäßigung. Aber ich finde das besser. Die Schulräte haben einen ja gar nicht gekannt. Die haben den Schulleiter dann immer gefragt: Wie ist denn der Kollege? Wenn man als zu beurteilender Lehrer keinen Schulleiter hatte, der gesehen hat, was man macht, dann war man arm dran. Jetzt ist es so: Ich kenne meine Leute, ich weiß, was sie leisten. Und ich kann sie im Rahmen der amtlichen und dienstlichen Vorgaben gerecht beurteilen.

FALTERMEIER: Der Schulrat kommt ja noch immer an die Schule – für die Lebenszeitverbeamtung. Die, die noch am wenigsten Erfahrung haben, die dürfen nach wie vor eine Stunde vor dem Schulrat halten. Mit der Zeit ist man dann entspannter, weil man sich seiner Sache sicherer ist. Weil man eben weiß: Der Schulleiter sieht ja dauernd, ob man gute Arbeit macht oder nicht. Das Beurteilen grenzt den Schulleiter aber aus, er ist nicht mehr Teil des Kollegiums. >

„Ich war in meinem Dorf ‚der Herr Lehrer', von den Kindern bis zum Bürgermeister."

RUF: Ich habe 42 Dienstjahre abgeleistet und war 42 Jahre lang mein eigener Schulleiter.

FALTERMEIER: Na, das war dann ja sehr gut für die Dienstliche Beurteilung!

RUF: Die meisten Schulräte haben nach so einem Besuch schon beim Schulleiter vorbeigeschaut und haben gefragt, wie ist denn der oder die denn so? Da konnte man schon mal Kollegen helfen, indem man gesagt hat, der oder dem eine gute Note zu geben, weil sie oder er besonders aktiv intensiv an der Gestaltung des Schullebens mitwirkt.

Und das ist dann auch passiert?

RUF: Man hat die Dienstliche Beurteilung als Schulleiter nie zu sehen bekommen. Es war auch unter den Kollegen nicht üblich, dass man über diese dienstlichen Beurteilungen sprechen würde.

KLAßEN: Das ist auch bei uns nicht üblich. Wir haben aber – in Nürnberg zumindest – eine hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Schulräten – auf Augenhöhe.

Kommen wir zum Kern: Die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern. Lernbegleiter, Coach, Vorbild, ... Herr Schmidts, wie sehen Sie Ihre künftige Rolle als Lehrer?

SCHMIDTS: Ich denke, dass wir uns weg vom Alleinunterhalter entwickeln müssen, hin zu jemandem, der die Schüler begleitet und anleitet, sie aber den Stoff mehr selbst entdecken lässt, wie das etwa in Finnland an einigen Orten der Fall ist. Auch in Deutschland werden ja andere Schulkonzepte ausprobiert. Beim Bildungskongress „EduAction" habe ich Schulen aus Baden-Württemberg und Berlin kennengelernt, bei denen es Klassenzimmer, so wie sie die meisten von uns kennen, gar nicht mehr gibt. Stattdessen lernen die Schüler und Schülerinnen dort in unterschiedlichen Lernlandschaften. Sehr schade fand ich allerdings, dass von allen neuen Ideen rund um die Schule, die dort präsentiert wurden, keine einzige aus Bayern kam.

In einer solchen Lernlandschaft steht man dann unter umständen vor Kindern mehrerer Jahrgänge, so wie es damals bei Ihnen üblich war, Herr Ruf. Wie haben Sie das damals eigentlich bewältigt?

RUF: Wenn in einem Raum 40 Schüler arbeiten, kann ja immer nur eine Gruppe direkt unterrichtet werden. Die anderen müssen still beschäftigt werden. Das setzte voraus, dass sich der Lehrer jeden Schultag für alle seine Gruppen vorbereitet hatte. Die erste Regel hieß: Immer möglichst viele Jahrgänge zu einer Unterrichtsgruppe zusammenzufassen. Der Lehrer hatte aber große Freiheit. Der Erdkundeunterricht zum Beispiel hatte mit dem Lehrplan nicht das Geringste zu tun. Da wurden die Klassen 5 bis 8 in einer Gruppe gemeinsam unterrichtet, und das Jahresziel lautete zum Beispiel: Von der Heimat aus nach Osten – und so hatten in vier Jahren alle Oberklässler die ganze Welt kennen gelernt. Diese Gruppe hat der Lehrer direkt unterrichtet; die anderen Schüler mussten sinnvoll stillbeschäftigt werden. In Mathe hatten alle ihr Buch, da konnte jeder Jahrgang für sich arbeiten.

„In meiner Ganztagsklasse bin ich die Hauptbezugsperson, die sehen mich jeden Tag von acht bis um halb vier – mehr als Mama und Papa.“

Man könnte fast neidisch werden bei derartigen Gestaltungsfreiheiten.

KLAßEN: Die haben wir heute immer noch. Wir haben zwar den Lehrplan, und dazu die Anforderungen wie Medienerziehung, wir haben aber trotzdem noch viele Möglichkeiten zu gestalten. Aber noch etwas zum Begriff Lernbegleiter: Ganz viele unserer Kinder, nicht nur in der Grundschule, auch in der Mittelschule, brauchen eine Bezugsperson, eine Lehrkraft, die ihnen nahe ist. Wir müssen wissen, wie es ihnen geht, wir müssen individualisieren. Das ist viel Arbeit, aber das brauchen unsere Kinder. Gerade die, bei denen die Elternhäuser nicht mehr in der Lage sind, sich zu kümmern, wo die Medien die Macht ergriffen haben über die Familie, da brauchen wir die Lehrer als Bezugsperson. Wir müssen erst mal eine Atmosphäre schaffen, in der die Kinder überhaupt in der Lage sind, zu lernen.

Da geht es sicher auch um Inklusion.

KLAßEN: Richtig, wir haben als Inklusionsschule 35 Kinder mit Schwerpunkt geistige Förderung und 30 weitere mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Lernen Sie im Studium, mit Erziehungsfragen oder den Anforderungen der Inklusion umzugehen, Herr Schmidts?

SCHMIDTS: Wir als Gymnasiallehramtler sehr wenig. In meinen ersten sechs Semestern habe ich zwei Veranstaltungen in den Erziehungswissenschaften gehört – laut Studienplan. Es braucht aber sicher eine Bezugsperson, jemanden, dem man sich gerne anvertraut. Als Lernbegleiter oder Coach für eine Handvoll Schüler könnte man mehr und individueller auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler eingehen.

Thema Digitalisierung. Überall heißt es: Brauchen wir!

KLAßEN: Man hat zurzeit das Gefühl: Wenn wir nur alle digital sind, sind alle unserer Probleme gelöst. Es wäre wirklich toll, wenn alle Schulen zum Beispiel ausgestattet werden mit Whiteboards. Das Digitale ist gut, es löst aber auch nicht das Problem, dass die Kinder mehr Betreuung brauchen.

Frau Faltermeier, wie ist die Ausstattung bei Ihnen an der Schule?

FALTERMEIER: Wir haben in allen Zimmern Whiteboards, wir haben W-Lan, wir haben Rechner, wir haben Laptops ...

... und keine Probleme mehr?

FALTERMEIER: Man muss das differenziert sehen, Ich habe es nie so empfunden, dass die Digitalisierung alle Probleme löst, ich habe aber auch nicht erlebt, dass das so verkauft wird. Die Medien sollen uns unterstützen. Ob ich was auf dem Tablet habe oder an der Tafel, ändert ja nichts daran, dass ich erzieherisch arbeiten muss. Was das Didaktisch-Fachliche angeht, ist es eine enorme Erleichterung: Wenn jedes Kind sein Tablet hat, brauche ich nicht mehr die Schulbücher einsammeln am Ende des Schuljahres, muss mich nicht mehr drum kümmern, wer es verdreckt hat, und die Kinder müssen keine Bücher mehr rumschleppen. Ich habe außerdem die Hausaufgaben digital und auf alles Zugriff. Digitalisierung ist eine tolle Sache, wenn man es richtig angeht – und ihre Grenzen sieht. >

„Ich wäre lieber Lernanleiter und Lernbegleiter, sodass man mehr Zeit hat, auf jeden einzelnen Schüler einzugehen.“

Also doch die Lehrerin als Lernbegleiterin?

FALTERMEIER: Nein. Wenn die Kinder die Informationen nicht von einem Lehrer bekommen, sondern vom Video, fallen die Leistungen erwiesenermaßen drastisch ab. Lernen ist eine emotionale Sache. Je besser die Beziehung zum Lehrer, desto mehr lernen sie.

Es gibt die Schulen, die auf selbstbestimmtes Lernen setzen, und die schneiden bei Vergleichstests nicht schlechter ab als andere.

FALTERMEIER: Auch an solchen Schulen gibt es immer noch Lehrer! Die Lehrerin oder der Lehrer sollte halt nicht mehr der Alleinunterhalter sein.

KLAßEN: Das ist er ja auch nicht mehr. Wir machen durchaus viel offenen Unterricht. Wir haben in jeder Klasse Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen. Schon derentwegen müssen wir offenen Unterricht machen. Wir arbeiten häufig in Lernwerkstätten.

FALTERMEIER: Bei uns an der Mittelschule würde Frontalunterricht eh nicht funktionieren. Ich habe eine Autistin in der Klasse, die mittendrin einfach nicht mehr kann; ich habe fünf Schüler mit Förderschwerpunkt Lernen; ich habe einen mit Förderschwerpunkt Sehen – wenn ich für alle nur einen Unterricht anbiete, habe ich von meinen 24 Schülern zwölf nach 30 Minuten verloren.

SCHMIDTS: Ich wäre lieber Lernanleiter und Lernbegleiter, sodass man mehr Zeit hat, auf jeden einzelnen Schüler einzugehen. Wer zum Beispiel am Gymnasium Wirtschaft und Informatik unterrichtet, der ist maximal zwei Stunden pro Woche in einer Klasse. Da kannst du gar keine Bindung aufbauen. Man müsste viel verändern, aber in Bayern wird das im Moment nicht zugelassen. Es heißt immer: Wir sind in Deutschland die Besten, wir haben ein Superschulsystem, warum sollten wir irgendwas ändern?

RUF: Wenn ich mir das so anhöre, ist das eine neue Welt, im Vergleich zu meiner von damals. Aber: So negativ wie „einklassige“ oder „zweiklassige Volksschule“ sich heute anhört, waren die gar nicht. Es gab bei uns wenig Frontalunterricht, weil ja der Altersunterschied der Schüler immer berücksichtigt werden musste. Wenn die Großen Naturkunde hatten, dann mussten die jüngeren Schüler selbstständig arbeiten. Aber niemand konnte die Jüngeren daran hindern, einen Teil ihrer Aufmerksamkeit dem Unterricht des Lehrers zu widmen, um auf diese Weise ein Zusatzwissen mitzunehmen.

So eifrig waren die?

RUF: Eine der Regeln war: Wer mich gebraucht hat, der musste nur die Hand heben, und dann habe ich halt in dem einen Unterricht mal eine Pause eingelegt und bin zu dem hin und habe gefragt: „Was ist denn los?“ Unsere Schüler wussten auch, ohne dass man da viel Erziehung leisten musste: „Ich muss ruhig sein, wenn die anderen unterrichtet werden, das will ich ja für mich selber auch so haben.“

Mussten Sie nie disziplinieren?

RUF: Wenn ich einen Schüler hatte, der drei Tage lang keine Hausaufgaben gemacht hat, dann habe ich mit Sicherheit

am Freitagabend seinen Vater im Gesangverein getroffen, und habe gesagt: Der hat jetzt drei Tage lang keine Hausaufgaben gemacht, und der Fall war erledigt.

SCHMIDTS: Eine Schule mit selbstbestimmtem Lernen, jahrgangsstufenübergreifendem Lernen, fächerübergreifendem Lernen, mit einem Lehrer, der anwesend ist und gerufen wird, wenn es eine Frage oder ein Problem gibt, und ansonsten wird der Stoff selbst in Kleingruppen erarbeitet – wenn ich das so höre, würde ich nicht zuerst an eine Schule von vor 50 Jahren denken, sondern an eine Schule, wie ich sie mir in Zukunft wünschen würde.

Frau Klaßen, die Gegenwart in Ihrer Schule ist sicher auch eine ganz andere ...

KLAßEN: Was meine Kolleginnen und Kollegen ganz arg brauchen, sind multiprofessionelle Teams, die sie unterstützen, mit Kindern, die immer schwieriger werden. Kinder, die in der ersten, zweiten Klasse schon einen Schulausschluss kriegen müssten, weil sie fremd oder selbstgefährdend sind. In unseren Klassen sind es nicht mehr als 25 Kinder, das geht aber auch nicht anders. 60 Prozent der Kinder haben Migrationshintergrund, einige Kinder einen sozial-emotionalen Förderbedarf. Das kann man alleine nicht schaffen. Die Lehrkräfte sind bis zum Anschlag belastet. Ich habe drei Drittkräfte an der Schule, die die Kollegen auch mal unterstützen, aber das reicht nicht. Da müssen Therapeuten her, Zweitkräfte, Schulbegleiter und mehr Psychologen. Auch Sozialpädagogen haben wir, das war früher nicht selbstverständlich an den Grundschulen. Das ist aber bitternötig.

Welche Rolle spielt der Ganztag?

KLAßEN: Ich sehe den Ganztag positiv - bei den Kindern, deren Eltern wirklich keine Zeit haben und – ganz wichtig – sofern die räumlichen Bedingungen stimmen. Oft ist es nur ein Provisorium. Es ist auch eine gute Sache für die Kinder, die im Deutschen nicht so fit sind, weil sie Hilfe kriegen bei der Hausaufgabe, weil sie deutsch sprechen mit den Kindern am Nachmittag.

FALTERMEIER: Ich bin ein Megafan von Ganztag, angesichts einer veränderten Gesellschaft: Früher war die Mama halt daheim, heutzutage ist die Familienstruktur – das ist nicht negativ, sondern einfach ein Fakt – ganz anders. Jede Frau hat das Recht, Karriere zu machen. Und dann ist die halt bis um fünf in der Arbeit und der Fünftklässler kann dann mittags nicht heimgehen. Ist ja keiner da. In meiner Ganztagsklasse bin ich die Hauptbezugsperson, die sehen mich jeden Tag von acht bis um halb vier – mehr als Mama und Papa.

Die Schulen sind nur nicht alle wirklich auf Ganztag ausgelegt.

FALTERMEIER: Für den Ganztag bräuchte man ganz andere Gebäude, das ist ja Lebenswelt. Nur Klassenzimmer und sonst nichts außer der Turnhalle – das geht nicht. Es dürfte halt nicht nur die Gemeinde und ihr Budget darüber entscheiden, wie ein Gebäude auszusehen hat. Ich verstehe nicht, wie man nicht die Leute fragen kann, die da drin arbeiten.

Wenn Sie alle einen Wunsch frei hätten für sich als Lehrpersonen oder für die Schule: Was würden Sie unbedingt haben wollen?

FALTERMEIER: Mehr Lehrer, ...

KLAßEN: ... das allein wäre es noch nicht. Es braucht Leute, die mit dabei sind, multiprofessionelle Teams ...

FALTERMEIER: ... für manche Klassen auch ein Tandem. Wir müssten jedenfalls selbst mehr entscheiden können an der jeweiligen Schule, was wir wirklich brauchen.

Herr Schmidts, Sie arbeiten noch nicht an einer Schule, was wäre Ihnen für Ihre künftige Tätigkeit am wichtigsten?

SCHMIDTS: Ich würde mir wünschen, dass Schule ein Ort ist, an dem Dinge neu gedacht werden dürfen und Innovationen Raum gegeben wird. Das bedarf einer Regierung und eines Kultusministeriums, die das zulassen und unterstützen.

Herr Ruf, für den Fall, dass angesichts der verzweifelten Suche nach Personal doch noch mal jemand bei Ihnen anruft ....

RUF: ... das ist doch relativ unwahrscheinlich. Aber der Schule heute würde ich wünschen, dass das Kultusministerium weniger Projekte und Dinge rausfeuert, die offensichtlich mehr als Public Relationsmaßnahmen dienen als der Schule. Das Ministerium bräuchte eine einheitliche Linie auf lange Sicht, es müsste geplant vorgehen, wissenschaftlich untermauert. Und dann noch das passende und ausreichende Personal dazu, so dass man die Klasse auch mal teilen und in Gruppen unterrichten kann – das wär's. //

Das Interview führten Chris Bleher und Sepp Hoffmann.

Monika Faltermeier*, Thilo Stangl*

Warum Lehrer Lehrer werden

Lehrer heute finden sich im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichem Diskurs, beruflicher sowie persönlicher Weiterentwicklung und individuellen Bedürfnissen von Schülern, Eltern und Kollegen. Die heutige Gesellschaft ist Extremen ausgesetzt und einer Vielzahl politischer Strömungen. Gerade deshalb ist es wichtig, Haltung zu zeigen und die eigene Meinung zu vertreten. Demokratie braucht gerade deshalb Meinungspluralität. Zwischen schwarz und weiß gibt es ein weites Feld. Unsere Aufgabe ist es, die Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen, sie dazu zu befähigen, Ansichten und Meinungen – auch ihre eigenen – kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren. Diese Aufgabe im Unterrichtsalltag zu erfüllen, angesichts eines vollen Lehrplans, verlangt uns Lehrkräften einen Spagat ab zwischen den fachlichen Inhalten und den pädagogisch und sozial wichtigen Kompetenzen.

Oftmals sind wir mit Aufgaben und Situationen konfrontiert, auf die wir durch die derzeitige Lehrerbildung nicht vorbereitet werden. Die Schulen können von uns Lehrern keine individuelle Leistungsmessung erwarten, solange Universitäten an ihrer traditionellen Prüfungskultur festhalten. Veraltete und praxisferne Strukturen bereiten uns nicht auf die Realität vor, sondern lehren genau das, was an der modernen Schule keinen Platz hat: Isoliertes Faktenwissen. Am Ende des Studiums im Fach Geschichte sind uns zwar alle römischen Kaiser samt Herrschaftsdaten ein Begriff, auf ein Kind ohne Deutschkenntnisse morgens vor dem Klassenzimmer aber sind die allerwenigsten durch ihr Studium ausreichend vorbereitet.

Neben diesen Problemen, verursacht durch systemische Rahmenbedingungen, stehen Lehrkräfte jeden Tag auch vor zwischenmenschlichen Herausforderungen in ihren Klassenzimmern. Andererseits haben wir das große Privileg, mit selbstdenkenden Persönlichkeiten unterschiedlichen Alters zu arbeiten, die uns mit ihren individuellen Bedürfnissen und Gedanken, wie auch ihren Problemen und Wünschen begegnen. All dies kostet Kraft, es ist aber zugleich das, was unseren Beruf so lohnenswert macht. Der Kern des Lehrerberufs ist Beziehungsarbeit.

Wie die Zukunft von Schule und Lernen aussieht, weiß keiner, aber das macht nichts, denn die Grundlage von Lehren und Lernen ist Beziehungsarbeit – das wird immer so sein, egal wie der Unterricht von morgen aussieht. Egal was sich im Lehrerberuf in Zukunft ändert, wir müssen uns darauf zurückbesinnen, warum wir eigentlich Lehrer geworden sind: Es ist doch das soziale Miteinander und die Arbeit mit den Kindern, was unseren Beruf so attraktiv macht. Wir Lehrer brauchen folglich verbesserte Rahmenbedingungen, die uns erlauben, uns auf den eigentlichen Grund zu konzentrieren, warum wir eigentlich Lehrer geworden sind: Unseren Schülern den Mut zu geben, an sich selbst zu glauben, für ihre eigene Meinung einzustehen und mit Herz, Kopf und Hand durchs Leben zu gehen. //

*Vorstand des Jungen BLLV

Ansichten eines Lehrers:
„ … ich sammle Augenblicke.“

Dietmar Schidleja*

KOALITIONSVERTRAG

Klares Bekenntnis zum öffentlichen Dienst

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaats können mit dem Koalitionsvertrag mehr als zufrieden sein. „Die Beamten und die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst sind ein Grundpfeiler der Stabilität Bayerns. Ein starker Staat und eine leistungsfähige Verwaltung gehören untrennbar zusammen" heißt es im Koalitionsvertrag, auf den sich CSU und Freie Wähler geeinigt haben. Hier die wesentlichen Inhalte:

- **„JA" zum Beamtenstatus – Keine „Bürgerversicherung**
  „Wir sagen Ja zum Beamtenstatus und zum Berufsbeamtentum. Die Einführung einer Bürgerversicherung lehnen wir ab", postuliert der Vertrag. „An der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer halten wir fest."

- **Besoldung ganz vorn**
  „Wir wollen auch weiterhin für die beste Bezahlung der Beamten im bundesweiten Vergleich sorgen." Wie zwischen 2013 und 2018 streben die Koalitionsparteien eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger an. Arbeitszeit und Sonderzahlung bleiben unangetastet."

- **Mütterrente II für Beamtenversorgung**
  Nach der Mütterrente I, die Bayern als einziges Land wirkungsgleich und systemkonform auf eigene Beamtenversorgung übertragen hat, soll auch die Mütterrente II übertragen werden, sobald sie im Rentenrecht umgesetzt ist.

- **Verstärkte Nachwuchsgewinnung**
  Ein leistungsstarker Dienst braucht die besten Köpfe. Alle Berufsanfänger sollen beim Berufseinstieg durch eine Erhöhung der Einstiegsbesoldung bessergestellt werden. Dazu soll jeweils die erste Altersstufe in allen Besoldungsgruppen gestrichen werden. Dies gilt auch für den Lehrerbereich. Zudem wollen die Koalitionspartner ein ressortübergreifendes Karriereportal im Netz entwickeln und das laufende Ausbau- und Modernisierungsprogramm für die Ausbildungsstandorte des Freistaates fortführen.

- **Noch familienfreundlichere Arbeitsbedingungen**
  Vereinbarkeit von Familie und Beruf trägt wesentlich zur Attraktivität des Arbeitsplatzes bei. CSU und Freie Wähler wollen die Höchstbeurlaubungsdauer für die Betreuung minderjähriger Kinder erhöhen sowie die Möglichkeit zur Ansparung von Erholungsurlaub bei Beamten mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen ausbauen.

- **Versorgung**
  Ausdrücklich wollen die Koalitionspartner Vorsorge für eine langfristige Finanzierung der Versorgungsausgaben für die Beamten des Freistaats Bayern treffen. Ziel ist dabei eine stabile Personalquote. Am Ziel des Schuldenabbaus bis 2030 halten sie fest.

- **Neueinstellungen und Stellenmehrungen**
  Schwerpunktthemen bleiben weiterhin Sicherheit, Bildung und Justiz. Dort sollen gezielt neben weiteren Maßnahmen schnelle Neueinstellungen beziehungsweise Stellenmehrungen stattfinden.

Wir werden die Umsetzung dieser Aussagen aufmerksam verfolgen und auf eine baldige Erledigung drängen. In einem ersten Schritt stehen die Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2019/2020 an. Im Rahmen des Haushaltsgesetzes lassen sich eine ganze Reihe von Versprechungen erledigen. //

*Stellvertretender Leiter der Abteilung Dienstrecht und Besoldung im BLLV

TARIFVERHANDLUNGEN

Länder wollen Rückstand beim Einkommen aufholen

Am 21. Januar 2019 starteten die Tarifverhandlungen für die rund eine Million Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TdL). Dabei galt es insbesondere, den Einkommensrückstand auf Bund und Kommunen mindestens aufzuholen. Der gegenwärtige Rückstand der Länderentgelte auf die nach dem TVöD bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beträgt, auch bei den Azubis, rund 2,4 Prozent.

Die Forderung von dbb und ver.di, die gemeinsam für die Gewerkschaften verhandeln, in Höhe von sechs Prozent, wurde Ende Dezember 2018 festgelegt. Bis dahin sammelte der dbb bei 20 dbb Branchentagen bundesweit Stimmungen und Meinungen der Beschäftigten. dbb Chef Ulrich Silberbach erläuterte beim Auftakt in Chemnitz, dass die Einkommensrunde dafür sorgen müsse, dass der öffentliche Dienst die richtigen Leute in der benötigten Anzahl habe, um seine Aufgaben weiterhin gut erfüllen zu können. Besonderes Augenmerk werde man erneut auf den Berufsnachwuchs legen.

Jugend braucht verlässliche Perspektiven

Klar sei aber auch, dass die Jugend endlich verlässliche Perspektiven will, wie es nach der Ausbildung für sie weitergeht. Dass die Länder noch immer nicht in der Lage seien, die Übernahme zu garantieren, sei ein Skandal. Verwaltung, Bildung, Sicherheit, Justiz – die Arbeitgeber sollten froh sein, wenn sich überhaupt noch junge Leute fänden, die die vielen harten Jobs im öffentlichen Dienst erledigen wollen, und diese jungen Leute halten. In Sachen Befristung werde streckenweise noch viel verantwortungsloser agiert als in der Privatwirtschaft. „Das muss aufhören", forderte Silberbach im Weiteren.

Übertragung auf Beamte: Bayern vorbildlich

Mittelbare Bedeutung hat die Einkommensrunde auch für die rund 2,3 Millionen Beamten und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen, das nicht Mitglied in der TdL ist), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Hier machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich, dass die Einkommensrunde erst dann zu Ende sei, „wenn das lineare Tarifergebnis zeit- und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen übertragen wird". Das funktioniere in den einzelnen Ländern unterschiedlich gut, beziehungsweise unterschiedlich schlecht. Im Optimalfall übernimmt eine Landesregierung das lineare Volumen des Tarifabschlusses. Bayern mache das beispielsweise sehr zuverlässig. Für viele andere Landesregierungen sei die Beamtenbesoldung dagegen in den letzten Jahren zu einem Steinbruch geworden, aus dem man sich bedient, wenn der Haushalt knirscht. „Nullrunden haben manche Länder an den Rand der Verfassungsmäßigkeit gebracht, deswegen werden wir auch für die berechtigte Teilhabe der Beamtinnen und Beamten geschlossen auftreten", sagte Silberbach.

Die dritte Verhandlungsrunde fand vom 28. Februar bis 2. März 2019 in Potsdam statt und sollte zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe der „bayerischen schule" abgeschlossen gewesen sein. **bbb/ds**

PENSIONIERUNGEN

Immer weniger verbeamtete Lehrkräfte in den Ruhestand versetzt

Im Jahr 2017 wurden bundesweit rund 24.400 verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand versetzt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies – auf hohem Niveau – einen zweitmaligen Rückgang seit dem Jahr 2009. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die Zahl der Pensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern im Jahr 2017 eine Abnahme von rund 4,2 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Jahr (25.500). Noch vor zwanzig Jahren war allerdings regelmäßig nur ein etwa halb so großer Personenkreis von Lehrerinnen und Lehrern in den Ruhestand versetzt worden. Vor dem Jahr 1999 lagen die jährlichen Neuzugänge beständig unter 11.000 Lehrerinnen und Lehrern, seit 2006 bei über 18.000, während der Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2016 bei knapp über 24.000 Ruhestandszugängen liegt.

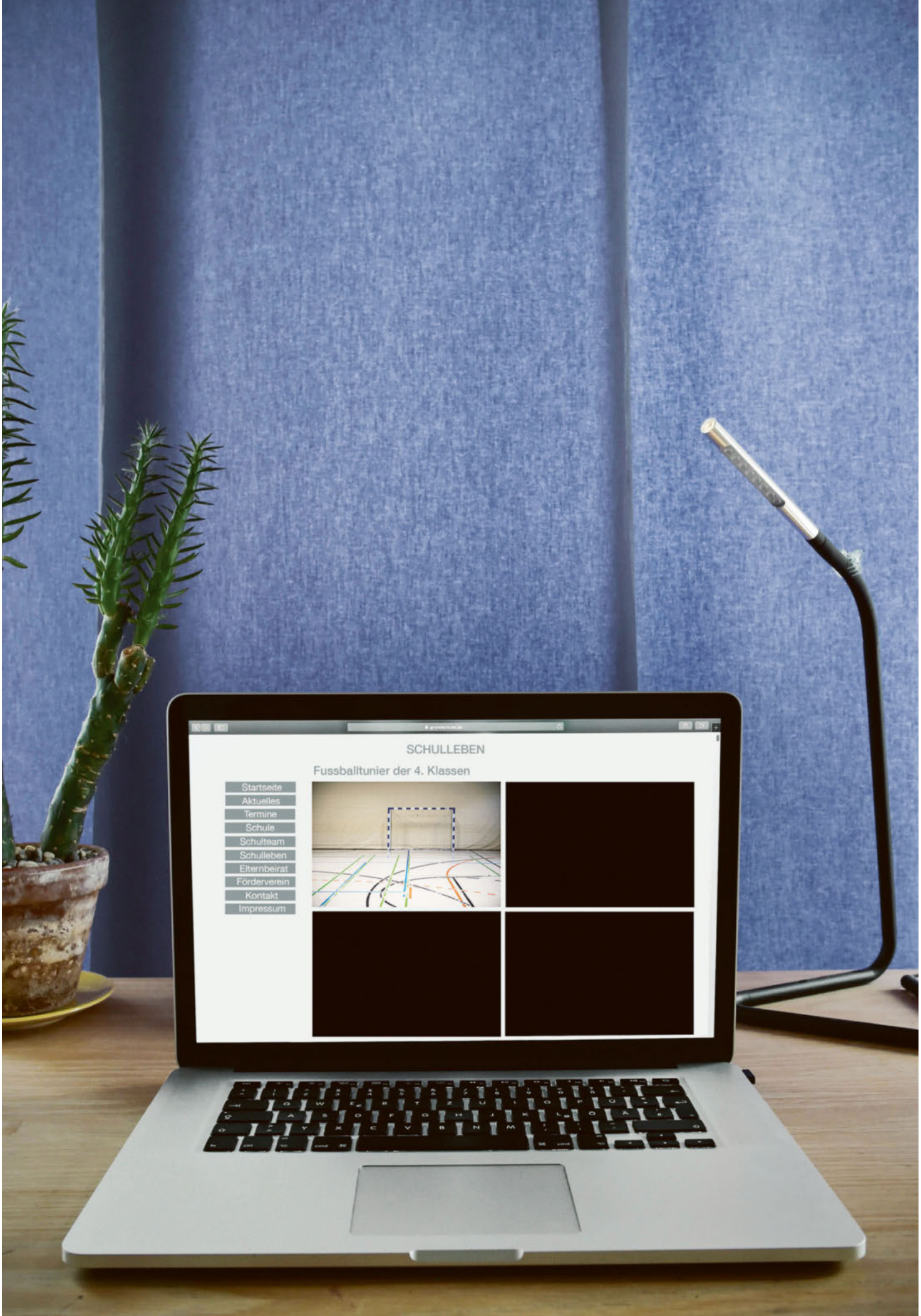
Der Anteil derjenigen Lehrkräfte, die im Jahr 2017 aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig ausgeschieden sind, betrug wie im vorangegangenen Jahr 2016 rund 3.000 Personen, was einem Anteil von zwölf Prozent der Ruhestandsversetzungen entspricht. Seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993 hat sich bis heute der Anteil der aufgrund von Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Lehrkräfte verhältnismäßig deutlich verringert und in den vergangenen Jahren verstetigt. Noch bis einschließlich zum Jahr 2001 war mehr als jede zweite verbeamtete Lehrkraft aufgrund von Dienstunfähigkeit pensioniert worden. **bbb**

DRITTES GESCHLECHT

Bei Stellenausschreibungen ist jetzt auch „divers“ möglich

Bei der Beurkundung der Geburt eines Neugeborenen kann künftig neben den Angaben „weiblich“ und „männlich“ oder der „Eintragung des Personenstandsfalls ohne eine solche Angabe“ auch die Bezeichnung „divers“ gewählt werden, wenn eine Zuordnung zu einem der beiden Geschlechter nicht möglich ist. Mit dem entsprechenden Beschluss hat das Parlament eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 umgesetzt. Die bisherige Pflicht, eine Person dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen, wurde darin als Verstoß gegen das normierte allgemeine Persönlichkeitsrecht und das in Art. 3 geregelte Diskriminierungsverbot gewertet.

Das dritte Geschlecht wird künftig auch bei Stellenausschreibungen für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst berücksichtigt, so zum Beispiel „Juristinnen und Juristen (m/w/d), Bewerberinnen und Bewerber (m/w/d)“. **bbb**


SCHULLEBEN
Fussballtunier der 4. Klassen
Startseite
Aktuelles
Termine
Schule
Schulteam
Schulleben
Elternbeirat
Förderverein
Kontakt
Impressum

Hans-Peter Etter*

Was bleibt vom Schulleben

Schülerunterlagen verwalten – das war schon immer ein Akt. Zusätzliche Verwirrung gestiftet hat die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Der Bayerische Datenschutzbeauftragte kritisiert nicht nur das. Die allgemein-abstrakten Regelungen seien auch noch bayernweit uneinheitlich, vieles sei Auslegungsfrage. Ein Überblick. >

links: **Wenn Datenschutz zu übertriebener Vorsicht führt – Schulhomepage ohne Leben**

*Der Autor ist Leiter der Rechtsabteilung des BLLV

Der Oberbegriff „Schülerunterlagen" umfasst: Schülerakte, Schülerstammblatt, Schullaufbahnbogen, Schülerliste

„Schülerunterlagen" ist ein Überbegriff, er regelt sämtliche Unterlagen einer Schülerin oder eines Schülers, einschließlich deren Leistungsnachweise und vieler anderer Aufschreibungen und Dokumente. Schülerakten sind an allen öffentlichen Schulen schulartübergreifend in Papierform zu führen. Jedoch können jederzeit auch elektronische Hilfsmittel verwendet werden, soweit dem keine datenschutzrechtlichen Bestimmungen entgegenstehen. Sollten elektronische Hilfsmittel verwendet werden, so ist sicherzustellen, dass regelmäßige Ausdrucke zu den Schülerakten genommen werden. Spätestens am Ende eines Schuljahres müssen diese Ausdrucke in der Akte sein.

Jede Schule hat eine Reihe von Unterlagen über Schülerinnen und Schüler. Neben den formalen Festlegungen und Dokumentationen (Schülerstammblatt, Schullaufbahnbogen und Schülerliste), gibt es eine Reihe weiterer Aufschreibungen in Papierform. Dazu zählen jede einzelne schriftliche Leistungserhebung oder alle Zeugnisse einer Schülerin oder eines Schülers, ebenso Mitteilungen an Eltern, Elternprotokolle, Ordnungsmaßnahmen wie Verweise oder verschärfte Verweise und mögliche andere schriftliche Vorgänge. All das ist zwei Jahre aufzubewahren.

Über jede Schülerin oder jeden Schüler muss jedoch einheitlich an allen bayerischen Schulen ein Schülerstammblatt und ein Schullaufbahnbogen angelegt werden. Ebenso sind die von der Klassenlehrkraft geführten Schülerlisten zu den Unterlagen zu zählen. An den meisten Schulen wird in dieser Schülerliste auch eine Versäumnisübersicht geführt.

Grund- und Förderschule erstellen das Schülerstammblatt als Deckblatt der Schülerakte

Das Schülerstammblatt wird als Deckblatt der Schülerakte verwendet. Dieses ist immer von der Grundschule beziehungsweise der Förderschule zu erstellen und wird die Schülerin oder den Schüler seine gesamte Schullaufbahn (an welcher Schulart auch immer) begleiten. Kommt eine Schülerin oder ein Schüler aus einem anderen Bundesland nach Bayern, so hat die aufnehmende Schule dieses Schülerstammblatt und den Schülerbogen zu erstellen.

Unterlagen, die der Schweigepflicht unterliegen, gehören nicht in den Schülerakt

Neben dem Schülerstammblatt ist über jede Schülerin oder jeden Schüler ein Schullaufbahnbogen zu führen, der bereits vorgenommene Fördermaßnahmen, Maßnahmen zum Notenschutz und des Notenausgleiches zu enthalten hat. Sollten schulpsychologische Beratungen stattgefunden haben, sind diese nicht in den Schullaufbahnbogen aufzunehmen. Wenn beispielsweise eine Entscheidung über das Sorgerecht der Eltern vorliegt, sind entsprechende Dokumente (etwa eine Entscheidung des Familiengerichtes) zu den Schülerunterlagen zu nehmen.

Da die Bayerische Schulordnung festlegt, dass Unterlagen, die der Schweigepflicht unterliegen, nicht an andere Schulen weitergereicht werden, wird die abgebende Schule eigenverantwortlich zu entscheiden haben, ob und welche dieser Unterlagen weitergegeben werden können.

Für die Schullaufbahn wesentliche Fakten und Dokumente sind aufzunehmen

Selbstverständlich werden in den Schullaufbahnbogen alle wesentlichen Beobachtungen und Empfehlungen der Klassenlehrkraft beziehungsweise der Lehrerkonferenz aufgenommen, wenn dies für die Schullaufbahn des Kindes von Relevanz ist. Das Überspringen einer Klasse oder beispielsweise Empfehlungen zum Übertritt und alle Ordnungsmaßnahmen nach Art. 86 Abs. 2 von Nr. 6 (längerer Schulausschluss) bis Nr. 12 (Ausschluss von allen Schulen) sind ebenfalls dort zu dokumentieren.

Extra aufzuführen ist eine individuelle pädagogische Würdigung über besondere Eigenarten, hervorzuhebende Begabungen, aber auch spezieller Förderbedarf. Ebenso sind besonders gelagerte Vorkommnisse zu dokumentieren; aber auch Angaben zu Erziehungsmaßnahmen sind in den Schülerlaufbahnbogen aufzunehmen. Das Versagen des Vorrückens in die nächste Jahrgangsstufe an der Mittelschule ist zu vermerken. Abschlusszeugnisse und andere wichtige Zeugnisse sind im Schülerakt aufzubewahren.

Weitere für die Schullaufbahn eines Kindes wichtige Aspekte dürfen nicht fehlen. Die Entscheidung über die Aufnahme in den Schullaufbahnbogen im Streitfall entscheidet letztendlich die Schulleitung. Mit dem Führen dieser Unter-

lagen ist in der Regel die Klassenlehrkraft betraut. Jeder Eintrag ist mit Datum und Unterschrift zu versehen und muss sich auf nachweisbare Tatsachen beziehen. Einmalige besondere Vorkommnisse sind als solche zu dokumentieren.
Sollten Schulpsychologen sowie Beratungslehrkräfte Unterlagen und Dokumentationen angefertigt haben, so unterliegen diese einer besonderen Schweigepflicht und sind gesondert, also nicht im Schullaufbahnbogen, aufzubewahren.

Strenge Regeln bei der Weitergabe an andere Schulen und für die Einsichtsnahme

Einsichtnahme und Zugriff auf die Schülerunterlagen dürfen, jedoch nur im konkreten Einzelfall, auch andere an der Schule tätige Personen erhalten, soweit dies zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderlich ist Die Entscheidung trifft die Schulleitung, die selbstverständlich immer das Recht auf Einsicht in die Schülerakten hat, soweit dies zur Erfüllung ihrer pädagogischen, organisatorischen und rechtlichen Aufgaben erforderlich ist. Selbst dem Elternbeirat könnten bestimmte Schülerunterlagen zur Verfügung gestellt werden, wenn die Einsichtnahme bei dessen formaler Mitwirkung erforderlich ist.

Verlässt nun eine Schülerin oder ein Schüler die Schule (zum Beispiel wegen eines Wechsels zwischen Grundschule und Mittelschule oder zwischen Realschule und Gymnasium), dann müssen der aufnehmenden Schule – bei öffentlichen Schulen – das Schülerstammblatt und der Schullaufbahnbogen im Original übermittelt werden. Bei staatlich anerkannten Ersatzschulen (etwa Montessori) sind diese nur in Kopie weiterzureichen.

Über die Weitergabe von weiteren Unterlagen entscheidet die abgebende Schule, und auch nur dann, wenn diese Unterlagen für die weitere Schulausbildung erforderlich sind. An der abgebenden Schule verbleiben die Kopien der Unterlagen.

Selbstverständlich haben die Erziehungsberechtigten und Schülerinnen und Schüler ab dem 14. Lebensjahr das Recht der Einsichtnahme in die eigene Schülerakte, oder in Teile der Schülerunterlagen, auch wenn die Schülerin oder der Schüler die Schule verlassen hat. Dieses Informationsrecht der Betroffenen zählt als fundamentales Datenschutzrecht sowie als Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Sollten sich in der Schülerakte Daten Dritter (etwa anderer Schülerinnen oder Schüler) befinden, so sind diese Stellen zu schwärzen beziehungsweise aus der Akte zu entfernen. Selbstverständlich haben die Erziehungsberechtigten oder die Schülerin/der Schüler das Recht, Abschriften und Kopien einzufordern, sofern ein berechtigtes Interesse vorliegt.

Abschlusszeugnisse und andere Berechtigungen sind 50 Jahre aufzubewahren

Wenn eine Schülerin oder ein Schüler die Schule verlässt, so sind Zeugnisse, der Schülerlaufbahnbogen und sonstige Unterlagen der Schülerakte nach einem Jahr zu vernichten. Das Schülerstammblatt und Kopien der Zeugnisse, die eine Berechtigung verliehen haben (etwa Abschlusszeugnisse) sind 50 Jahre an der Schule aufzubewahren. Schriftliche Leistungsnachweise sowie weitere Aufschreibungen über die Leistungen von Schülerinnen und Schülern sind zwei Jahre aufzubewahren. Über die Vernichtung der betreffenden Akten und Unterlagen ist ein Nachweis anzufertigen. //

Rechtsgrundlagen bei Schülerunterlagen

Der gesetzliche Rahmen ist in Art. 85 Abs. 1 a BayEUG geregelt. Hiernach sind für jede Schülerin und jeden Schüler wesentliche Schülerunterlagen zu führen, die sich auf das Schulverhältnis beziehen. Diese gesamten Schülerunterlagen sind vertraulich zu behandeln und zu sichern und nur nach ganz bestimmten Maßgaben weiter zu geben und fristgemäß auszusondern.

In der Bayerischen Schulordnung ist, bezugnehmend auf Art. 85 Abs. 1 a BayEUG, im Teil 5 (§ 37 bis § 41) das gesamte Rechtsfeld „Schülerunterlagen“ geregelt. Sehr hilfreich für die Schulen sind die „Durchführungshinweise zum Umgang mit Schülerunterlagen“. Hier werden in einer KMBek (vom 13.10.2015, geändert am 30.6.2016) die maßgeblichen Bestimmungen erläutert und erklärt.

(Kommentar) **Hans-Peter Etter**

Bürokratieabbau

Schule bewegt sich nicht in einem rechtsfreien Raum, im Gegenteil. Viele beklagen, dass die schulischen Rahmenbedingungen viel zu sehr von Gesetzen, Bestimmungen und Rechtsverordnungen eingeengt sind. Eine wirklich eigenverantwortliche Schule ist damit gar nicht mehr möglich. Viel zu viele Details sind längst geregelt. Wenn das Kultusministerium Richtlinien herausgibt, fühlen sich die Bezirksregierungen, aber auch die Schulämter in vielen Fällen bemüßigt, diese Richtlinien zu interpretieren und zusätzliche Festlegungen zu treffen, die das Handeln von Schule nicht nur erschwert, sondern kaum Möglichkeiten lässt, den pädagogischen Freiraum auszuschöpfen.

Diese Verwaltungshierarchie treibt manchmal erhebliche Blüten und damit geht eine Verunsicherung der Schulleitungen einher. Plötzlich kommt, von woher auch immer, die Order, jede Lehrkraft muss vor einer Wanderung oder einem Unterrichtsgang sogenannte „Gefährdungsbeurteilungen", zum Teil mehrseitig, erstellen. Unsere Lehrer haben wohl zu wenig zu tun, um hier auch noch zusätzlich mit bürokratischen Exzessen belastet zu werden. Beispielsweise werden kreative Homepages von Schulen durch vermeintliche Datenschutzängste zum Teil gelöscht. Fotos, die das Schulleben wunderbar illustrieren, werden plötzlich geschwärzt oder ganz herausgenommen. Ein unglaublicher Bürokratieaufwand mit Formularen und Unterschriften wird da in Gang gesetzt, aus Angst, man könnte etwas falsch machen.

Schulen haben natürlich große Mengen von personenbezogenen Daten von Schülerinnen und Schülern, zum Teil auch von den Eltern. Dass diese nach den datenschutzrechtlichen Aspekten sorgsam zu behandeln und zu verwalten sind, steht außer Frage. Mit dem sorgsamen Umgang dieser Daten sollen vor allem die Persönlichkeitsrechte der Schülerinnen und Schüler gewahrt werden. Daher ist das Weiterreichen, beispielsweise der Namen und der Anschrift von Schülerinnen und Schülern an Dritte (bei Malwettbewerben oder bei Veranstaltungen externer Partner) zu Recht untersagt, es sei denn, der oder die Betroffene beziehungsweise deren Vertreter willigen hierzu ein.

Daher sind klare schuldatenschutzrechtliche Regelungen erforderlich, nämlich der sorgsame Umgang mit den Daten unserer Schülerinnen und Schüler. Dabei ist zu begrüßen, dass die abgebende Schule letztendlich neben dem Schülerstammblatt und dem Schullaufbahnbogen über zusätzliche Unterlagen entscheidet, die an andere Schulen weitergegeben werden, und das auch nur dann, wenn es für die weitere Schullaufbahn von Bedeutung ist. Es stellt sich neben vielem anderen die Frage, ob es wirklich nötig ist, an jeder Schule das Schülerstammblatt und wichtige Zeugnisse 50 (sic) Jahre aufzubewahren.

Wenn selbst der Datenschutzbeauftragte die personenbezogenen Schülerdaten zum Teil durchaus als „noch verbesserungswürdig" bezeichnet, zeigt dies, dass sich alle Beteiligten (insbesondere die Schulleitungen) nochmals mit Schülerunterlagen und den Umgang mit ihnen befassen sollten – um sie letztendlich zu vereinfachen. Im Sinne eines Bürokratieabbaus. //

BLLV AKADEMIE

PROGRAMMVORSCHAU APRIL BIS JUNI 2019

2019 **18** Erfolgreiches Stressmanagement im Schulalltag
Für Lehrer/innen, die dem Alltagsstress aktiv begegnen möchten
04.04.2019, MÜNCHEN

2019 **19** HALTUNG ZÄHLT: Nonverbale Strategien gegen verbale Gewalt
Adäquate innere und äußere Haltungen entwickeln
05.04.2019, MÜNCHEN

2019 **20** Profi-Kommunikation in der Führung
neu
Ziele benennen – Verbindlichkeit herstellen – Konsens wahren
06.04.2019, MÜNCHEN

2019 **21** Souveränität und Durchsetzungsvermögen steigern
Effektive Tricks für Berufsanfänger/innen und erfahrene Lehrer/innen
10.04.2019, MÜNCHEN

2019 **22** Visualisierungsworkshop – Aufbaukurs
neu
12.04.2019, MÜNCHEN

2019 **23** Volle Energie für Lehrkräfte im Schulalltag
neu
Mit kurzen und unkomplizierten Übungen kraftvoll im Schulbetrieb bestehen
04.05.2019, MÜNCHEN

2019 **24** So macht das Lernen wieder Spaß
neu
Samurai-Training für den Unterricht
07.05.2019, MÜNCHEN

2019 **25** Der professionelle Auftritt der Schule in der Öffentlichkeit
Basiswissen Öffentlichkeitsarbeit – Print & Online
08.05.2019, MÜNCHEN

2019 **28** Effektive Förderung der Konzentration
Einfache Bewegungs- und Entspannungsübungen im Klassenzimmer
18.05.2019, MÜNCHEN

2019 **31** Denkblockaden von Schülern und Lehrkräften mit Kreativitätstechniken erfolgreich brechen
neu
Ein Methodenworkshop
27.06.2019, MÜNCHEN

2019 **32** Perspektiven nach dem Referendariat
Seminar für Referendare/innen und Junglehrer/innen an Gymnasien und Realschulen (in Kooperation mit den Fachgruppen Gymnasium und Realschule)
29.06.2019, NÜRNBERG

Beachten Sie auch unser umfangreiches **SchiLF-Programm** mit vielen interessanten Angeboten unter **akademie.bllv.de/schilf** und buchen Sie jetzt schon Ihre Veranstaltungen für das neue Schuljahr.

Ausführliche Seminarausschreibungen sowie Anmeldung unter **www.bllv.de/akademie**

Für die Anerkennung als eine die staatliche Lehrerbildung ergänzende Maßnahme ist der Dienstvorgesetzte verantwortlich. Dienstbefreiung kann beantragt werden.

145.000 Euro Spenden für das Kinderhaus in Peru

Auch in diesem Jahr folgten wieder viele Mitglieder dem Spendenaufruf der BLLV-Kinderhilfe für das BLLV-Kinderhaus in Peru. Von mehr als 1.000 Personen kamen insgesamt 145.000 Euro. Zusammen mit den Spenden, die das Jahr über eingehen, kann das BLLV-Kinderhaus auch in diesem Jahr seine Arbeit in vollem Umfang fortführen.

Der Vorsitzende der BLLV Kinderhilfe, Ernst Lumper, äußerte sich sehr dankbar über die Spendenfreudigkeit der Mitglieder: „Es ist jedes Jahr wieder eine große Herausforderung, die nötigen Finanzmittel zu bekommen, damit die 300 Kinder in Ayacucho eine sozialpädagogische Betreuung erhalten und über 100 Jugendliche Berufsbildungskurse absolvieren können." Die Kooperation mit dem peruanischen Projekt läuft bereits seit 24 Jahren und leistet einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der extremen Armut in der Region. Die Verwaltungskosten der BLLV Kinderhilfe beliefen sich auch im Jahr 2018 wieder auf weniger als vier Prozent. bs

BLLV Fachgruppen stellen sich für die LDV auf

Die Fachgruppen im BLLV haben sich zu Beginn des Jahres in Vorbereitung auf die Landesdelegiertenversammlung (LDV) Anfang Mai neu aufgestellt. Der 1. Vizepräsident des BLLV, Gerd Nitschke, nahm an einer Reihe dieser Sitzungen teil und stellte sich der Diskussion der verschiedenen Professionen im BLLV. In der Fachgruppe (FG) Seminar stand die Digitalisierung im Vordergrund, die FG Schulleitung beschäftigt sich mit ASV und kleinen Schulen, die FG Schulberatung mit einer Abgrenzung zur Schulsozialarbeit, die FG Schulverwaltung kümmert sich um Nachhaltigkeit und Umwelt, die FG Förderlehrkräfte brauchen dringend Nachwuchs und die FG Verwaltungsangestellte fordert eine höhere Eingruppierung. Eine Vielzahl von Themen, die in Anträgen zur LDV münden werden. bs

Umwelt: Arbeitsgruppe Nachhaltige Bildung gegründet

Inwieweit sollte sich der BLLV intensiver mit der Frage auseinandersetzen, was die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch CO_2-Ausstoß, Plastikmüll, Klimaerwärmung und Artensterben für Bildung und Schule bedeutet – mit dieser Frage beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe Nachhaltige Bildung unter Leitung der Präsidentin Simone Fleischmann bei der ersten Sitzung nach ihrer Gründung.

Schule kann natürlich nicht alle Probleme lösen, darin waren sich alle einig, doch ausklammern dürfe man die Themen auch nicht. Es gehe unmittelbar um die Zukunft der Generationen, die in den Schulen unterrichtet werden. Insofern müsse die Schule diese Themen wieder stärker aufgreifen. Umweltbildung spielte im BLLV in den 90er Jahren eine wichtige Rolle, man war sich einig darin, dass sie in neuer Form dringend wieder thematisiert werden muss. Es wurde auch diskutiert, ob der BLLV wieder eine Natur- und Umweltzeitung für Kinder auflegen sollte. Die Zeitschrift TU WAS!, herausgegeben vom Domino Verlag, wurde zum Ende des Vorjahres wegen Schließung des Verlags eingestellt. bs

Ruth Nowak (m.), Amtschefin des Gesundheitsministeriums bei der Veranstaltung „Gesunde Lehrer: Was sind sie uns wert?“

Betriebliches Gesundheitsmanagement: Kooperation mit „Health Care“

Welche Chancen und Möglichkeiten hat Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) für Lehrerinnen und Lehrer, und wie kann es als festes Instrumentarium an die Schulen gebracht werden – diese Frage stand im Mittelpunkt eines Expertengesprächs am 22. Januar, das der BLLV in Kooperation mit dem gemeinnützigen Verein Health Care Bayern unter dem Titel „Gesunde Lehrer: Was sind sie uns wert?“ veranstaltete.

In Bayern gibt es nur punktuelle Projekte zur Förderung der Gesundheit von Lehrkräften, meist gehen sie nicht über Maßnahmen des Arbeitsschutzes hinaus. Der BLLV engagiert sich seit vielen Jahren intensiv für die Lehrergesundheit. Präsidentin Simone Fleischmann betonte, wie wichtig es sei, dass „belastende Arbeitsbedingen ausgeglichen werden“. Lehrerinnen und Lehrer hätten eine Schlüsselrolle in der Gesellschaft, sie seien es, die auch für die Gesundheit der Kinder – also der Gesellschaft von morgen – eintreten können. Das gelinge am besten durch das eigene Erleben und das Vorleben. Daher brauche es starke Rahmenbedingungen, und dazu gehöre auch ein systematisiertes BGM. Im Expertengespräch diskutierten Impulsgeber und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Praxis. Es wurde klar, dass Betriebliches Gesundheitsmanagement als Querschnittsthema nicht isoliert zu betrachten ist. bs

Mehr dazu unter **www.bayerische-schule.de**

Bildungsqualität in Europa: BLLV kooperiert in Athen mit Gewerkschaften

Die Rolle der Bildungsgewerkschaften bei der Gestaltung der Bildung in Europa stand im Mittelpunkt einer Sonderkonferenz des Europäischen Gewerkschaftskomitees fur Bildung und Wissenschaft, ETUCE. Unter Beteiligung des BLLV wurden in Athen mehrere Resolutionen verabschiedet. Ziel der Resolutionen ist es, den Herausforderungen von Lehrkräften in Europa und der Vision einer hohen Bildungsqualität und gerechterer Verhältnisse als Basis einer stabilen Demokratie zu begegnen. Im Fokus standen unter anderem Forderungen nach mehr öffentlichen Investitionen, nach einem effektiven sozialen Dialog, nach Gleichstellung und Gerechtigkeit in der Bildung und einem Eintreten fur demokratische Werte. Ebenso waren die Anerkennung und Wertschätzung der Profession und faire Arbeitsbedingungen zentrale Punkte. tn

Vordenker in bewegter Zeit

Simon Mayer ist tot – die Verbandspersönlichkeit kämpfte stets für das Primat des Pädagogischen

Es ist nur wenigen vergönnt, in der Führung des BLLV so viele, historisch bedeutsame Schul-Reformen mitzugestalten, wie dies Simon Mayer gelungen ist. Simon Mayer leitete von 1961 bis 1981 die Abteilung Schul- und Bildungspolitik. In diesen 20 Jahren hat er schulische Entwicklungen mit auf den Weg gebracht, derer sich der Verband zu Recht rühmen kann. Schon bevor der Erziehungswissenschaftler Georg Picht 1964 die „Deutsche Bildungskatastrophe" ausrief, hatte der BLLV die „Landschulreform" eingeleitet. Bei der Umwandlung von Zwergschulen in jahrgangsgegliederte Schulen leistete Simon Mayer wesentliche konzeptionelle und logistische Vorarbeiten zur Verbesserung der Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler.

Bei der Abschaffung der Bekenntnisschule zugunsten der Christlichen Gemeinschaftsschule war es Simon Mayer, der für den BLLV „Leitsätze" zur Gesetzesänderung entwarf und den „Primat des Pädagogischen gegenüber bekenntnismäßigen Anliegen" forderte. Dies kam beim Volksentscheid 1968 weitgehend zum Tragen, wie Zeitzeugen aus dem Kultusministerium bestätigten.

Ergebnisoffene, ideologiefreie Einordnung

Auch die Einführung des 9. Schuljahres an der Hauptschule im Jahr 1968/69 trug die Handschrift Simon Mayers: Ein halbes Jahr vor dem Start gab es weder einen Lehrplan, noch Bücher ,noch eine entsprechende Lehrervorbereitung – so wäre ohne die Ideen Simon Mayers und die Vorarbeit des BLLV eine geordnete Einführung dieses zusätzlichen Schuljahres nicht zu leisten gewesen. Simon Mayer setzte die leistungsdifferenzierte Oberstufe der Hauptschule durch. Er war überzeugt, dass diese im gegliederten System nur durch Qualität ihren Platz behaupten könne.

Als Anfang der 1970er Jahre bundesweit die Einführung von Orientierungsstufen und Gesamtschulen Kontur annahm, ordnete Simon Mayer die Schulversuche ergebnisoffen und ideologiefrei ein, wohlwissend, dass der damalige Kultusminister die Gesamtschule grundsätzlich als „Kuckucksmodell" ablehnte.

Kristallklare Analysen, kluge Diplomatie

Bevor Simon Mayer, die Leitung der „Schulpolitischen Hauptstelle" übernahm, war er Schriftführer in der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer und Mitglied des BLLV-Hauptausschusses. Er wirkte bis 1967 mit in der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" und war 1968 Gründungsmitglied des „Deutschen Lehrerverbandes". Dienstlich leitete Simon Mayer zuletzt das größte bayerische Schulamt in München. Simon Mayer war ein scharfsinniger Ideengeber. Er zeichnete sich aus durch kristallklare Analysen, brillanten Schreibstil, politischen Realitätssinn und kluge Diplomatie. In der Führung von Gremien konnte er ebenso kantig wie hintergründig-humorvoll sein. Simon Mayer hat sich um unseren BLLV verdient gemacht. Dafür hat ihm dieser 1981 die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Anfang Dezember ist Simon Mayer im Alter von 87 Jahren verstorben. Wir, die Heutigen, schulden ihm größten Dank und ein ehrendes Gedenken.

Albin Dannhäuser, Ehrenpräsident des BLLV

Sparen und spenden zugleich

BLLV und „MITGLIEDERBENEFITS“ bieten beim Online-Kauf

Rabatte – ein Teil der Erlöse fließt an die Kinderhilfe

Der Wirtschaftsdienst des BLLV ist auf seiner stetigen Suche nach dienstlichen oder privaten Serviceangeboten für die Verbandsmitglieder wieder einmal fündig geworden: Seit Ende 2018 kooperieren wir mit dem Unternehmen MITGLIEDERBENEFITS, das speziell für Verbände ein exklusives Online-Vorteilsportal mit attraktiven Rabatten anbietet.

Onlinekaufen ist längst Alltag, und doch tun viele das mit einem Unbehagen oder meiden Großanbieter – auch, weil sie keine persönlichen Daten preisgeben wollen, die dann an Drittanbieter oder Soziale Netzwerke wie Facebook weitergleitet werden. Für das Unternehmen MITGLIEDERBENEFITS haben wir uns entschieden, weil es eben keine Daten für Werbezwecke abgreift, auch wenn der Einkauf dann wie gewohnt auf der Website des jeweiligen Anbieters stattfindet.

Ebenso wichtig war uns der soziale Hintergrund: Einen Großteil der Umsätze gibt das Unternehmen an wohltätige Projekte weiter. So unterstützen die Käufe im Jahr 2019 auf der Plattform unter anderem die BLLV-Kinderhilfe. Die Projekte des Vereins kommen Kindern aus der ganzen Welt zu Gute.

Den Service können alle BLLV-Mitglieder bereits seit Ende November kostenfrei nutzen. Schon zum Weihnachtsgeschäft haben 2.000 Mitglieder zahlreiche Angebote in Anspruch genommen – und waren durchweg begeistert. Ein Kunde äußerte über den anonymen Feedback-Button: „Durch MITGLIEDERBENEFITS habe ich meine Weihnachtseinkäufe um über 20 Prozent günstiger erhalten. Da ich diese Sachen sowieso brauchte, konnte ich ein richtiges Schnäppchen machen und mich zusätzlich auch noch belohnen.“

Andere MITGLIEDERBENEFITS-Kunden verliehen ihrer Begeisterung über das Konzept so Ausdruck: „Ich finde es klasse, dass es noch Unternehmen gibt, die nicht nur an ihren eigenen Profit denken“. Eine andere formulierte: „Auf der Plattform tu nicht nur ich mir was Gutes, sondern bin Teil einer großen, unterstützenden Community!“

Die Handhabung der Plattform ist denkbar einfach. In Sachen Aussehen und Nutzerfreundlichkeit übertrifft sie sogar viele bekannte Seiten. Die Angebote sind aufgeteilt nach diversen Kategorienwie „Freizeit“, „Wohnen“, „Reisen“. Mit einem Klick auf das Angebot öffnet sich eine kurze und übersichtliche Detailseite. Auf dieser Seite lässt sich ein Rabattcode generieren, oder der Nutzer wird auf eine Webseite weitergeleitet, auf der die Nachlässe bereits berücksichtigt wurden. Anschließend lässt sich wie gewohnt beim Markenanbieter einkaufen – mit dem Vorteil, dass man dort ordentlich spart.

Die Vorteile durch MITGLIEDERBENEFITS auf einen Blick:

- Rabatte bis zu 30 Prozent exklusiv für BLLV Mitglieder
- Über 200 Premiummarken aus den Bereichen Freizeit, Mode, Wohnen, Technik und Finanzen
- Stetig neue Angebote
- IKEA, Butlers, Sony, Loewe, Otto, Rewe, Asics, Tchibo, SportScheck, Sennheiser, Acer, toom und viele mehr
- Hohe Sicherheitsstandards mit Servern in Deutschland
- Ein Großteil des Umsatzes kommt der BLLV-Kinderhilfe zugute

Die nächsten großen Jahresevents stehen bereits vor der Tür. Ob Ostern, ob Ferien oder ob man auch nur den gewohnten Einkaufsaktivitäten nachgehen möchte – das Portal bietet für jede Gelegenheit die passenden Angebote.

Unter www.bllv-wd.de/benefits gelangen Sie auf die Anmeldeseite. Beim Klick auf den Button „Zur Registrierung“ erfolgt eine Weiterleitung auf die Registrierungsseite. Mit Fragen oder Anregungen wenden Sie sich bitte an: **info@bllv-wd.de**

„Wir konnten unsere Wünsche

Martin Göb-Fuchsberger*

Schüler, Eltern, Kollegium – alle wirken gleichermaßen begeistert vom neuen Schulhaus der Grundschule Wörthsee im Landkreis Starnberg. Gerade mal drei Jahre in Betrieb, gilt der Bau auch überregional als vorbildlich: Pro Jahr finden etwa 30 Führungen statt, für Kollegien anderer Schulen und Vertreter von Kommunen, aber auch für Architekten und weitere Fachleute. Das Projekt stand unter dem Motto der Nutzerbeteiligung, es galt, Pädagogik und Architektur in Einklang zu bringen. Wichtig für den Erfolg des Projekts war, dass das Schulteam und die Gemeinde mit dem Beginn der Planungen von Karin Doberer, Geschäftsführerin der Firma „LernLandSchaft", begleitet und professionell beraten wurden. Im Gespräch mit Martin Göb-Fuchsberger, Leiter der Arbeitsgruppe Schulbau im BLLV, geben Rektorin Andrea Torggler und Konrektorin Sara Posner Einblick in die Erfolgsstory und ihre Erfahrungen. >

bis ins Detail verwirklichen“

*Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik im MLLV und Leiter der Arbeitsgruppe Schulbau im BLLV

Martin Göb-Fuchsberger: Der Vorgängerbau wurde erst in den 1970er Jahren errichtet. Wie kam es zum Beschluss für einen Neubau?

TORGGLER: Das Flachdach des alten Schulhauses war undicht, zudem hätte das gesamte Gebäude dringend energetisch saniert werden müssen. Es gab zunächst Überlegungen, ein Satteldach aufsetzen zu lassen. Weil diese Lösung aber vom Architekten des Altbaus abgelehnt wurde, kam letztlich nur ein Abriss in Frage. Der Projektsteuerer stellte den Kontakt zu Karin Doberer von „LernLandSchaft" her. Ihre Arbeit überzeugte den Gemeinderat, sodass er sich einstimmig für einen Neubau entschied.

Was genau war so überzeugend?

POSNER: Frau Doberer zeigte die enormen Chancen auf, die ein gut durchdachter Neubau bietet. Gemeinsam mit dem Kollegium wurde ein individuelles Konzept erarbeitet, das im anschließenden Architektenwettbewerb als verbindlicher Rahmen diente.

Eine spannende, aber keineswegs alltägliche Aufgabe für Lehrkräfte.

TORGGLER: Der Beteiligungsprozess war entsprechend vielschichtig: Den nötigen fachlichen Input lieferten gemeinsame Fortbildungen über pädagogische Architektur und Innenraumgestaltung sowie mehrere Exkursionen, bei denen wir zentrale Aspekte vor Ort erfahren konnten. Im Zentrum stand immer die Frage: Was ist für uns in welcher Unterrichtssituation wichtig? Es ging also darum, jeweils den gemeinsamen Nenner im Kollegium zu finden und gleichzeitig die bestehenden Unterschiede anzuerkennen und als Bereicherung zu nutzen. Sehr wertvoll sind daher auch vielfältige Maßnahmen der Teambildung, bei denen alle noch stärker zusammenwachsen.

All das braucht genügend Zeit.

POSNER: Gedanken müssen wachsen, mit manchem muss man sich erst anfreunden. Die Erwartungen an unsere Arbeit waren hoch: Unsere neue Schule muss schließlich bis ins Detail funktionieren. Die professionelle Moderation sorgte dafür, dass das gemeinsame Konzept nach einem Dreivierteljahr stand.

Wer wurde noch beteiligt?

TORGGLER: Selbstverständlich wurde neben Vertretern der Gemeinde auch die Elternbeiratsvorsitzende eingebunden. Unsere Schüler durften sich Gedanken über ihre Traumschule machen. Sie wünschten sich vor allem eine bunte, freundliche und gemütliche Schule mit viel Licht. Das wurde eins zu eins umgesetzt. Zu den anderen Wünschen, die berücksichtigt werden konnten, zählt beispielsweise der Schulgarten.

Wie ging es nach dem Wettbewerb weiter?

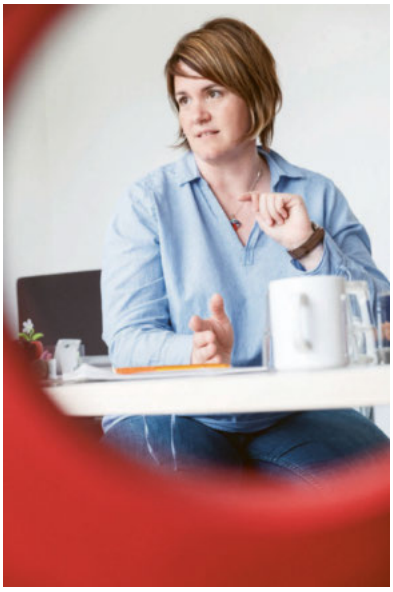
TORGGLER: Wir hatten großes Glück. Der Gewinner, das Büro Sommersberger, war uns gegenüber sehr aufgeschlossen und führte mit Freude den begonnenen Dialog zwischen Pädagogik und Architektur fort. So ist über die Jahre eine besondere Beziehung entstanden. Die Gemeinde hat uns auch in Bezug auf die Innenausstattung großes Vertrauen entgegengebracht. Wir konnten unsere Erfahrungen einbringen und unsere Wünsche bis ins Detail verwirklichen, ohne den Kostenrahmen zu sprengen. Diese intensive Beteiligung hat dazu geführt, dass seit der Einweihung vor gut drei Jahren nur zwei Punkte nachgebessert werden mussten: Zum einen stellte sich heraus, dass der Sonnenschutz nicht ganz ausreicht, zum anderen wurde die Damentoilette zusätzlich mit einer Schlüsselablage ausgestattet.

Das Schulhaus ist als sogenannte „Lernlandschaft" konzipiert. Was bedeutet das konkret?

POSNER: Immer fünf Klassenzimmer sind um einen großzügigen „Marktplatz" mit viel Tageslicht angeordnet, der von allen Klassen flexibel genutzt wird. Der Marktplatz ist kein Fluchtweg und kann dadurch auch möbliert werden. Er verfügt wie die Klassenzimmer über eine optimale Akustik und Teppichboden. Individuelles Lernen ist hier genauso möglich wie gemeinsame Aktivitäten. An unserer Schule gibt es je einen Marktplatz für die Jahrgangsstufen 1/2 und 3/4.

Die Lernlandschaften sind sehr transparent. Große Lesefenster gewähren Einblicke in die Klassenzimmer, beziehungsweise Ausblicke auf den Marktplatz. Und vor allem: Es gibt keine Klassenzimmertüren. Das ist sicher nicht jedermanns Sache.

TORGGLER: Das funktioniert in der Tat nur dann, wenn man sich – so wie wir – ganz bewusst dafür entscheiden kann, und diese Entscheidung mit vielen guten Gründen abgesichert ist. Zentral ist auch die eigene Einstellung: Wenn ich mich nicht beobachtet fühle, sondern als Teil der Gemeinschaft in der Lernlandschaft, kann ich mich in diesem Setting wohl fühlen. Auch das braucht Zeit, Teamwork und Freiwilligkeit. Erzwungen würde es mit Sicherheit krank machen. Deshalb wurde darauf geachtet, dass es bei Bedarf ohne größeren Aufwand möglich wäre, nachträglich Türen einzubauen.



„Unsere Schüler sind viel selbstständiger geworden und gehen über die Klassen hinweg wesentlich achtsamer miteinander um.“

Andrea Torggler (l.), Rektorin der Grundschule Wörthsee, und Konrektorin Sara Posner

Dieser Bedarf scheint sich bislang nicht ergeben zu haben.

TORGGLER: Unsere bisherige Erfahrung zeigt, dass sich unser Mut mehrfach auszahlt: Zum einen begünstigt die Transparenz die gleichzeitige Nutzung von Klassenzimmer und Marktplatz, weil die Aufsicht gewährleistet ist, zum anderen fördert sie den Austausch und ein rücksichtsvolles Miteinander der Schüler über Klassengrenzen hinweg.

Und es sind ja wohl auch nicht alle Räume transparent.

POSNER: Nein, transparent sind nur genau definierte Bereiche. Die Beratungszimmer gehören nicht dazu, ebenso kann das Glasfenster zum Lehrerzimmer mit einer Jalousie verschlossen werden.

Welche Flächen haben Sie zur Verfügung?

TORGGLER: Die Klassenzimmer sind mit 62 Quadratmetern exakt so groß wie die damals geförderte Fläche. Wir haben durch viele Details Platz gewinnen können. So gibt es keine Waschbecken in den Klassenzimmern, sondern nur eines zentral auf dem Marktplatz. Der Marktplatz selbst ist überwiegend aus Verkehrsflächen entstanden. Klassische Flure gibt es in unserer Schule kaum, als Fluchtwege dienen Außenbalkone. Jede Lernlandschaft verfügt über ein Beratungszimmer mit Vorraum, Gruppenräume haben wir nicht.

Ihre Schule ist begehrt. Reicht das Platzangebot denn noch?

TORGGLER: In diesem wichtigen Punkt hatten wir wieder Glück: Obwohl statistisch absehbar war, dass wir zehn Klassenzimmer brauchen werden, hat die Regierung nur acht gefördert. Da ist dann aber die Gemeinde in die Bresche gesprungen und hat die beiden fehlenden Klassenzimmer komplett selbst finanziert, so dass die Schule nicht schon kurz nach der Einweihung viel zu klein war. Für Hort und Mittagsbetreuung ist es allerdings schon eng und auch hier steigt der Bedarf weiterhin an.

Ihr Fazit?

TORGGLER: Die Entwicklung der letzten sechs Jahre war für uns ein absoluter Glücksfall. Das Kollegium ist noch enger zusammengewachsen, jeder sieht sich in besonderem Maße mitverantwortlich für die Schule, wir haben unseren Unterricht ein großes Stück weiter entwickelt. Und wir erleben, dass wir gemeinsam viel mehr schaffen als alleine.

Sehen die Schülerinnen und Schüler das auch so?

POSNER: Uns fällt auf, dass sie viel selbstständiger geworden sind und über die Klassen hinweg wesentlich achtsamer miteinander umgehen. Fröhliche Kinder, zufriedene Kolleginnen und Kollegen – es gibt keine bessere Belohnung für die unzähligen Stunden zusätzlicher Arbeit. //

(Kommentar) **Martin Göb-Fuchsberger**

Endlich mehr Geld für den Schulbau

Ganz ohne großen Trommelwirbel sind sie vor gut einem Jahr daher gekommen, die „Vollzugshinweise zur bayerischen Schulbauverordnung". Was eher unscheinbar wirkt, hat das Zeug zu einem echten Paukenschlag: Nach Jahrzehnten des konzeptionellen Stillstands im Schulbau ermöglichen Kultus- und Finanzministerium es auf diese Weise, den Herausforderungen in den Bereichen Ganztag, Integration und Inklusion baulich „besser gerecht" zu werden, wie es der damalige Kultusminister Ludwig Spaenle ausdrückte.

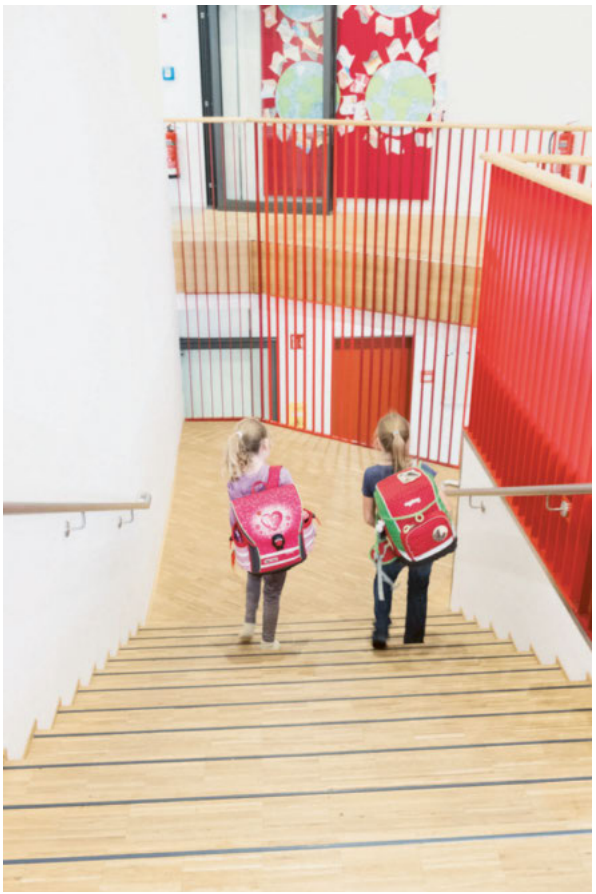
Das bedeutet konkret: Der Freistaat fördert nun erheblich größere Flächen als zuvor, von einem Plus von bis zu 20 Prozent ist die Rede. Dadurch entfällt das bei Kämmerern beliebte Argument: „Was der Freistaat nicht fördert, bauen wir nicht."

Außerdem wird Wert auf Flexibilität gelegt: Anstelle von abschließenden Auflistungen von Räumen werden Gesamtflächen für große Bereiche wie „Unterricht" oder „Verwaltung" angegeben. So kann nun endlich die dringend benötigte zweite Lehrküche an großen Mittelschulen gefördert werden, und auch Seminarräume sind erstmals förderfähig. Zudem können Flächen in andere Bereiche übertragen werden. Und das Beste: Alle Werte sind als „Bandbreiten" angegeben, von einem „Basiswert", der nur in begründeten Fällen unterschritten werden soll, bis hin zu einer „Obergrenze", die meist an Kennzahlen beispielhafter Schulbauprogramme wie Südtirol oder München heranreicht. Wer Flächen an der „Obergrenze" gefördert haben will, muss ein durchdachtes pädagogisches Konzept vorlegen. Dadurch sind alle Beteiligten gefordert, passgenaue Lösungen für die Anforderungen vor Ort zu entwickeln, was der individuellen Schulentwicklung wertvolle Impulse liefert.

Als extrem hilfreich erweist es sich immer wieder, wenn Schulen und Kommunen auf dem Weg zu einem solchen Konzept von Fachleuten kompetent beraten werden. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist der Neubau der Grundschule Wörthsee (s. Interview S. 56). Eine Beratung und Moderation wie dort sollte das KM für alle Bauvorhaben bereitstellen, damit nicht nur Schulen in besonders aufgeschlossenen und zahlungskräftigen Kommunen profitieren.

Offene Fragen bleiben: Werden die Flächen ausreichen, so dass neue Schulgebäude künftigen Entwicklungen wie der absehbaren weiteren Expansion des „Ganztags" gewachsen sind? Wann werden die vielen Bestandsgebäude ausgebaut? Reichen die Fördersätze schon aus, um auch finanzschwachen Kommunen den Bau an der „Obergrenze" zu ermöglichen?

Die BLLV-Handreichung „Schulen pädagogisch bauen – Impulse für einen modernen Schulbau" bietet auf 85 Seiten ausführliche Informationen und ist für Mitglieder kostenlos zu beziehen über www.bayerische-schule.de oder bei der Landesgeschäftsstelle des BLLV.



MOBILES PLANETARIUM WIECK

Wir bringen die Sterne zu Ihnen !

www.mobiles-planetarium-wieck.de Bei Ihnen vor Ort. Live erklärt. Für Ihre Schüler konzipiert.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER VERSICHERUNG
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Klaus Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Die evangelische Schulstiftung
Fürth sucht zum Schuljahr 2019/20

Grundschullehrkräfte

Luise Leikam Schule

Sie haben Freude an innovativer pädagogischer Arbeit und Schulentwicklung im kirchlichen Kontext? In Fürth bietet die Luise Leikam Schule – Grundschule der evangelischen Schulstiftung Fürth ein Arbeitsfeld mit vielen Gestaltungsmöglichkeiten, Sport- und Schwimmbefähigung wünschenswert.

Informationen über die Stellen und Konzeption unter:

www.luise-leikam-schule.de

Schulleiterin U. Opfermann-Schmidt, Telefon 0911 5072260

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung bis zum **05.04.2019** an die Luise Leikam Schule, Benno-Mayer-Str. 9-13, 90763 Fürth.

Schul-Organisation

Dokumentation · Organisation · Rechtssicherheit

Lehrerkalender
Zensurenhefte klassen- und schülerweise
Schülerbeobachtungen · Gemeinsames Lernen
Förderpläne und Dokumentationen · Elterngespräche
Aufgabenhefte · Offener Ganztag
Klassenbücher und Nebenakten

www.schulorganisation.com

F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

impressum

Inhaber und Verleger
BAYERISCHER LEHRER- UND LEHRERINNEN-VERBAND E.V. Bavariaring 37, 80336 München

Postanschrift
Postfach 150209, 80042 München
Telefon 089 721001-0 II Fax 089 721001-90
bllv@bllv.de, www.bllv.de

Redaktionsanschrift
„bayerische schule" Redaktion
Heuweg 13 II 93101 Pfakofen
Telefon 09451 948822 II Fax 09451 3972

Chefredakteur
SEPP HOFFMANN
Heuweg 13 II 93101 Pfakofen
Telefon 09451 948822 II Fax 09451 3972
redaktion@bayerische-schule.de
Stellvertreter: ALWIN FERSTL II Erzgebirgstr. 1
93164 Laaber II Telefon 09498 902772
redaktion2@bayerische-schule.de

Art Direction II Layout II CvD
SONIA HAUPTMANN
Bavariaring 37 II 80336 München
Telefon 089 721001-820
grafik1@bllv.de

Redaktionsleiter
CHRIS BLEHER
Alte Bergstr. 455 i II 86899 Landsberg am Lech
Telefon 08191 98 54 147 II c.bleher@t-online.de

Schlussredaktion
REGINA DAX Schreibbüro II www.Dax-Data.de

Bildkonzeption
SONIA HAUPTMANN grafik1@bllv.de

Bildredaktion
FOTOSTUDIO ROEDER und EVA ORTHUBER
Justus-von-Liebig-Ring 11 b II 82152 Krailling
Telefon 089 8501706 II foto@janroeder.de
außer S. 18 (2. v. l.) Archiv BLLV

Illustration II Cartoon
BERND WIEDEMANN (S. 7), bw@buchillustration.de

EMANUEL ESCHNER (S. 20)
www.emanueleschner.tumblr.com

DIRK MEISSNER (S. 23), info@meissner-cartoons.de

Autorenkürzel
bbb Bayerischer Beamtenbund, **bos** Boris Sunjic,
bs bayerische schule, **ds** Dietmar Schidleja,
tn Tomi Neckov, **ws** Dr. Wolfram Schneider,
yy Yasmin Yildiz

Anzeigen
A.V.I. ALLGEMEINE VERLAGS- UND INFORMATIONSGESELLSCHAFT MBH
Hauptstraße 68 AII 30916 Isernhagen
Telefon 05139 985659-0 II Fax 05139 985659-9
info@avi-fachmedien.de

Druck
ORTMANNTE@M GMBH CROSSMEDIA DRUCK
Telefon 08654 4889-0 II Fax 08654 4889-15
www.OrtmannTeam.de

Die „bayerische schule" erscheint sechs Mal pro Jahr. Sie wird allen BLLV-Mitgliedern geliefert; der Mitgliedsbeitrag enthält den Bezugspreis. Nichtmitglieder können die „bayerische schule" direkt bei der BLLV Landesgeschäftsstelle (s. oben) bestellen. Der Bezugspreis beträgt für Privatpersonen 50,00 Euro, für Institutionen (gegen Nachweis) 10,00 Euro jährlich; Einzelhefte inkl. Versand 5,00 Euro. Leserzuschriften senden Sie bitte direkt an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Falls kein Rückporto beiliegt, können sie auch nicht an den Autor zurückgesandt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion oder des BLLV dar.

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C019725